Zur Einheit der Marxisten-Leninisten
Rede des Genossen Ernst Aust Seiten 6 - 8

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 41 vom 9. Oktober 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung?

Gegen Arbeitslosigkeit helfen keine Reformen!

Kann man die Arbeitslosigkeit im Rahmen des kapitalistischen Systems „überwinden", also durch Reformen abschaffen? Kann es einen Kapitalismus geben, in dem das werktätige Volk eine wirtschaftlich gesicherte Existenz führen kann? Können die Arbeiter und kleinen Angestellten sich von wachsender Verelendung, von den drückenden Lasten der Rationalisierung in den Betrieben und den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen befreien, ohne den Kapitalismus durch die sozialistische Revolution zu zerschlagen? Die Kapitalistenklasse und ihre Bonner Parteien, aber auch sogenannte „Arbeitnehmervertreter" wie die Bonzen des DGB-Apparats, bieten uns verschiedene Rezepte an als Heilmittel für die Krankheiten des Kapitalismus. Angeblich sollen sie imstande sein, die Misere zu überwinden und uns von dem Übel der Arbeitslosigkeit zu erlösen. Eines dieser Rezepte, das vor allem von Vertretern verschiedener Gewerkschaften und Teilen der SPD propagiert wird, heißt Arbeitszeitverkürzung. Durch sie, so sagen die Herren, kann das große Arbeitslosenheer, das nun schon mehr als zwei Jahre lang besteht, abgebaut werden.

Die Prognosen und Versprechungen, mit denen man uns so oft schon beschwichtigen wollte, indem man uns vorspiegelte, bald würden die Zeiten der „Vollbeschäftigung" wiederkehren, entpuppten sich immer wieder als Windeier. Zudem gibt es im Kapitalismus eine Vollbeschäftigung in Wahrheit gar nicht, jedenfalls nicht unter normalen Umständen. Auch in den Zeiten der Hochkonjunktur gab es bei uns Zehntausende Arbeitslose. Daß jedoch nun schon mehr als zwei Jahre lang ein Arbeitslosenheer von Hunderttausenden existiert, hat die noch bestehenden Illusionen über den Kapitalismus bei den werktätigen Massen stark angegriffen. Der Glaube, Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard und wirtschaftliche Krisenentwicklung seien bei uns nur vorübergehende Erscheinungen, zerbröckelt immer mehr. Immer stärker drängt sich die Frage nach dem Ausweg aus der Misere auf. In diesem Zusammenhang muß man es sehen, wenn die Propagierung des Rezepts der „Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit" in letzter Zeit verstärkt wird.

Hauenschildt, der Chef der IG Chemie, Papier und Keramik ist einer der „Arbeitnehmervertreter", die jetzt verstärkt mit diesem Heilmittel hausieren gehen. Auf dem kürzlich abgehaltenen 10. ordentlichen Gewerkschaftstag seiner Gewerkschaft forderte Hauenschildt, die vorhandene Arbeit müsse auf mehr Köpfe verteilt werden. Aber haben nicht die Kapitalisten mit ganz ähnlichen Argumenten, wenn sie die Belegschaft ihres Betriebes auf Kurzarbeit setzten, scheinheilig beteuert, es ginge ihnen doch einzig und allein darum, die Belegschaft



vor Entlassungen zu bewahren und die Arbeitsplätze zu sichern? In den meisten Fällen kamen dann die Entlassungen doch, und es zeigte sich, daß es den Kapitalisten schlicht und einfach darum ging, die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen und sich möglichst hohe Profite zu sichern.

Das einzige Interesse der Kapitalisten ist der höchstmögliche Profit. Den Profit pressen sie aus unserer Arbeitskraft, die wir ihnen verkaufen müssen, um leben zu können. Das bedeutet, daß die Kapitalisten keineswegs daran interessiert sind, so viele Arbeiter wie möglich zu beschäftigen. Sie wollen schließlich auch die Ausgaben für die Ware Arbeitskraft so niedrig wie möglich halten. Deshalb versuchen sie nicht nur, die Löhne zu drücken, wo es nur geht, sondern auch durch Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Verschärfung der Arbeitshetze die Profite nach oben zu treiben.

Ein bekanntes Beispiel sind da die VW-Werke. Zuerst wurden Massenentlassungen und Kurzarbeit durchgeführt. Tausende Kollegen verloren damals bei VW ihren Arbeitsplatz. Das war in der Phase, als die Absatzmärkte der Autoindustrie stark eingeschrumpft waren. Die Autos lagen auf Halde und die Produktion mußte massiv eingeschränkt werden. Es dauerte jedoch nur wenige Monate und die Absatzmöglichkeiten der Autokapitalisten stiegen wieder stark an. Zwar erreichten sie jetzt nicht mehr die ursprüngliche Höhe, aber ein großer Teil der Rückgänge wurde wieder aufgeholt. Stellten jetzt etwa die VW-Bosse entsprechend viele Arbeiter wieder ein? Keineswegs! Zwar gab es Wiedereinstellungen, aber nur soviele, wie für die Kapitalisten absolut unumgänglich waren, um die gewünschten Produktionszahlen zu erreichen. Der Unterschied wur-

Fortsetzung auf S. 5, Spalte 1

Spanien

Generalstreik im Baskenland

Am 27. September vor einem Jahr hat das faschistische Franco-Regime José Luis Sanchez, Ramon Garcia Sanz, José Baena, Angel Otaegui und Juan Paredes Manot, Mitglieder der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, der FRAP und der ETA, durch die Schüsse der Hinrichtungskommandos ermorden lassen. Am Jahrestag ihrer Ermordung gedachten die Völker Spaniens, die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten Spaniens ihrer ermordeten Genossen auf den Barrikaden des Klassenkampfes.

Am 27. September ruhte das öffentliche Leben im Baskenland. 500 000 Arbeiter, Angestellte, Bauern, Studenten, kleine Händler waren dem Aufruf zum Generalstreik gegen die faschistische Diktatur des Königs Juan Carlos gefolgt. Die Arbeiter der Werften und Stahlwerke, der anderen Betriebe versammelten sich in den Fabriken und beschlossen, trotz Verbots, in den Straßen der Städte zu demonstrieren. Das faschistische Regime ließ die Polizei aufmarschieren, um die Demonstrationen gewaltsam niederzuknüppeln, mit Tränengas auseinanderzutreiben und im Gewehrfeuer zu ersticken. Dabei ermordeten sie in Madrid den Studenten Carlos Gonzales Martinez. In Azpeitia scheute sich die faschistische Polizei nicht, eine Gruppe von Demonstranten, die auf dem Grab Angel Otaeguis die baskische Fahne hißten, mit Gummikugeln zu beschießen und auseinanderzutreiben. Anschließend zerfetzten sie die Fahne und verbrannten sie. Auf der spanischen Insel Teneriffa ermordete die Polizei einen Studenten in seiner Wohnung. Die empörten Studenten und andere Werktätige der Insel erhoben sich zum Kampf und protestierten auf der Straße. Sie bombardierten die faschistische Polizei mit Steinen, errichteten Barrikaden und kämpften mehrere Stunden lang gegen die Polizei.

Millionen von Werktätigen stehen heute im Kampf gegen die faschistische Juan-Carlos-Diktatur, gegen ihre Ausplünderung und Unterdrückung durch die spanische Oligarchie und den amerikanischen Imperialismus. An den Kampfaktionen der ersten sechs Monate dieses Jahres beteiligten sich allein fünf bis sechs Millionen Menschen. Sie forderten höhere Löhne, sichere Arbeit, bessere Arbeitsbedingungen und anderes. Sie verlangten die sofortige Amnestie aller politischen Gefangenen und oft auch den Abzug der amerikanischen Besatzertruppen aus dem Land. Angesichts der tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise, in der Spanien heute steckt, werden sie ihren

Fortsetzung auf S. 10, Spalte 3

Mannesmann-Huckingen

Türkische Arbeiter auf der Abschussliste

Einige tausend ausländische Kollegen arbeiten in den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen. Sie stellen einen großen Teil der Belegschaft und schuften Seite an Seite mit ihren deutschen Kollegen für den Profit der Kapitalisten. Für die Mannesmann-Kapitalisten sind sie allerdings Menschen zweiter Klasse, denen man die schwersten Arbeiten gibt, die niedrigsten Löhne zahlt, die in besonderer Weise unterdrückt werden und die - wenn es die Profitjagd der Mannesmann-Kapitalistem erfordert — als erste abgeschoben und auf die Straßen gesetzt werden. So auch jetzt.

In der Stahlindustrie kündigt sich eine Verschärfung der Krise an, einige Betriebe, darunter auch Mannesmann, haben bereits Kurzarbeit angekündigt. Um die Lasten der Krise auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen und zugleich einen gemeinsamen Kampf aller Arbeiter, der deutschen und der ausländischen Kollegen, zu sabotieren, haben sich die Mannesmann-Kapitalisten einen raffinierten Plan ausgedacht.

Die Mannesmann – Kapitalisten machten den türkischen Kollegen ein „Angebot". Sie sagten: „Nehmt doch für drei Monate unbezahlten Urlaub und nutzt die Zeit, um in Eure Heimat, die Türkei, zu fliegen. Wir bezahlen Euch sogar den Flug. Wir bezahlen Euch auch die Sozialversicherung und die Miete hier in der Bundesrepublik. Und wir garantieren Euch, daß Ihr nach drei Monaten wieder zurückkommen könnt, den Rückflug bezahlen wir selbstverständlich auch."

Was auf den ersten Blick wie ein verlockendes Angebot aussieht, ist allerdings ein heimtückischer Angriff der Mannesmann-Kapitalisten nicht nur auf die türkischen, sondern auch auf die deutschen Kollegen.

Wovon sollen denn die türkischen Kollegen in den drei Urlaubsmonaten leben? Seit wann ist es denn einem Arbeiter möglich, durch seiner Hände Arbeit soviel Geld auf die Seite zu legen, daß er sich und seine Familie drei Monate über Wasser halten kann? Das ist ein

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Breschnew, der Hitler von heute, kommt

Breschnew-Besuch im Dienst der "Entspannung"?

In einem Brief an die Bundesregierung hat der Chef des russischen Sozialimperialismus, Breschnew, angekündigt, er werde noch in diesem Jahr auf Einladung Bonns die Bundesrepublik besuchen. Er will mit der Regierung Gespräche über die Fortführung der wirtschaftlichen Beziehungen sowie über die weitere „Entspannungspolitik" führen.

Bundeskanzler Schmidt kam diese Zusage in den letzten Tagen des Wahlkampfes gerade recht, um die sogenannte „Entspannungspolitik" kräftig aufzupolieren. Er kündigte eine „Abrüstungsinitiative" der Bundesregierung an, die er sogleich mit Breschnew besprechen wolle. Doch über den Inhalt dieser Initiative schwieg er sich aus. Bedeuten diese Gespräche mit Breschnew, bedeuten die Beziehungen zum russischen Sozialimperialismus tatsächlich „Entspannung"?

Die Ereignisse in Osteuropa, in Afrika, im Nahen Osten, im Mittelmeer und überall in der Welt, wo die russischen Sozialimperialisten sich einmischen, zeigen immer deutlicher: Der Außenpolitik der Sowjetunion liegen imperialistische Expansion und Streben nach Weltherrschaft zugrunde, sie ist eine gefährliche, aggressive Supermacht, beherrscht durch eine sozialfaschistische Diktatur. Dennoch laden die westdeutschen Imperialisten diesen Hitler von heute herzlich ein, um freundliche Gespräche mit ihm zu führen. Sie sagen: Durch zähe Verhandlungen könne man immerhin in kleinen Schritten zu Entspannung und Frieden kommen. In Wahrheit aber sind dies Phrasen, die die Tatsache verdecken sollen, daß nämlich die westdeutschen Imperialisten mit den übelsten Verbrechern – ob in Washington oder in Moskau – zusammenarbeiten, um durch Handel mit diesen den eigenen imperialistischen Einfluß in der Welt zu stärken und die eigenen Profite zu steigern. Das geschieht nicht im Interesse der Völker und im Interesse des Friedens, sondern richtet sich gegen die Völker, gegen den Frieden.

Beispiel dafür sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bonn und Moskau, die laut Bundesregierung den Frieden stabilisieren sollen. Diese Wirtschaftsbeziehungen haben in den letzten Jahren immer größere Ausmaße angenommen. Zweifellos sind die westdeutschen Imperialisten inzwischen zum wichtigsten Handelspartner der neuen Zaren in Westeuropa geworden. Milliarden und Abermilliarden Kredite wurden an die russischen Sozialimperialisten gegeben, für die sie Maschinen und ganze Industrieanlagen, Stahlwerke, Textilwerke usw. in Westdeutschland kauften und in der Sowjetunion errichten ließen. Aber hat das zu einer „Entspannung" geführt? In zunehmendem Maße ist die Wirtschaft der Sowjetunion von den russischen Sozialimperialisten militarisiert worden. Rund 35% des gesamten sowjetischen Finanzhaushaltes werden für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen ausgegeben. Rund 60% der sowjetischen Industriebetriebe arbeiten für militärische Zwecke. Angesichts dessen sind gerade die westlichen Kredite, die insgesamt einige Dutzend Milliarden Dollar betragen, für die russischen Sozialimperialisten von großer Bedeutung, um mit den Folgen der Militarisierung der Volkswirtschaft fertig zu werden. Diese Kredite, diese Wirtschaftsbeziehungen bedeuten für den nach Weltherrschaft strebenden russischen Sozialimperialismus geradezu Bluttransfusionen, die ihn bei der Verfolgung seiner aggressiven Ziele geradezu stärken. Diese Wirtschaftsverträge haben nichts sicherer gemacht, nichts „entspannt". Daß die westdeutschen Imperialisten dieses Geschäft betreiben, daß sie sogar mit den Imperialisten Frankreichs, Japans usw. um diese Geschäfte konkurrieren, hat weder etwas mit Entspannung noch Frieden zu tun, sondern geschieht einzig aus einem Grund: den westdeutschen Imperialisten Profite zu sichern.



1973: Mit Kundgebungen, Demonstrationen wurde gegen den Breschnew-Besuch in Dortmund protestiert. 1.000 Menschen wurden festgenommen und eingesperrt. Breschnew traute sich nicht mehr nach Dortmund.

Ebenso verhält es sich mit der Abrüstung. Moskau und Washington verweisen stets darauf, daß Erfolge erzielt seien. Doch worin bestehen diese? Da sind zum Beispiel die Atomraketen und die Trägerwaffen auf eine bestimmte Anzahl reduziert worden, heißt es. Tatsache aber ist, daß die verbleibenden Waffen noch allemal für einen imperialistischen Weltkrieg, für die Zerstörung ganzer Kontinente ausreichen. Vor allem aber wird dem Wettrüsten der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke durch diese Abkommen keineswegs Einhalt geboten. Denn was zum Beispiel soll diese Beschränkung der Raketenanzahl, wenn zugleich um die Wette Raketen entwickelt werden, die gleich mehrere Sprengköpfe tragen können? Darüberhinaus sind die Waffensysteme, auf deren Stillegung man sich einigt, bereits veraltet und durch neuere, umfassendere ersetzt. Ergebnis all dieser gepriesenen Erfolge ist letztlich – und das ist im Grunde auch jedem bekannt –, daß das Wettrüsten weitergeht und die Aufrüstung der beiden Supermächte und ihrer Militärpakte, Warschauer Pakt und NATO, in nie gekannter Größenordnung vorangetrieben wird! Beide Supermächte verstärken laufend ihre Besatzertruppen in Europa – die US-Imperialisten ihre Truppen in Westdeutschland, die russischen Sozialimperialisten die ihren in der DDR und den anderen Ländern des Warschauer Paktes. Nicht in Richtung Frieden, sondern in Richtung Krieg treiben sie die Entwicklung voran.

Und auf politischem Gebiet? Hier weisen die westdeutschen Imperialisten gern darauf hin, daß sie in der Westberlin-Frage und im Punkte Reisen in die DDR Fortschritte erzielt und etwas für die Einheit der Nation getan hätten. Tatsache aber ist, daß die russischen Sozialimperialisten, seit sie die „Entspannungs"-Propaganda auf Hochtouren gebracht haben, immer offener erklären, daß die DDR zu ihrem Territorium gehöre und „auf ewig mit der Sowjetunion verbunden" sei. Und was die sogenannten „Fortschritte" anbelangt, die die westdeutschen Imperialisten erzielt haben wollen, so sind dies in der Tat nur Köder der neuen Zaren, die diese ausgelegt haben, um die westdeutschen Imperialisten, die auch heute noch von einem Großdeutschland unter ihrer Herrschaft träumen, näher an sich heranzuziehen. Entspannung und Sicherheit aber hat es dabei nicht gegeben. Im Gegenteil: Die russischen Sozialimperialisten halten die Werktätigen Ostdeutschlands schärfer denn je unter ihrer Knute. Und die westdeutschen Imperialisten fühlen sich, mit ihrem Oberherren in Washington im Rücken, mehr denn je bestärkt, ihre revanchistischen Ziele eines Tages verwirklichen zu können.

Faßt man dies zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis: Es existiert weder eine „Entspannung" noch irgendeine „Sicherheit". Die Verhandlungen mit den russischen Sozialimperialisten haben im Gegenteil die Spannungen verschärft, sie sind Ausdruck der zunehmenden Rivalität zwischen dem US-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus um die Weltherrschaft. Gerade seitdem die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den westeuropäischen Imperialisten – und hier besonders den westdeutschen Imperialisten – und den russischen Sozialimperialisten zugenommen haben, hat sich die Rivalität zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion um die Vorherrschaft in Europa verschärft, haben die Versuche, sich gegenseitig die Vorherrschaft streitig zu machen, an Aggressivität und Offenheit zugenommen. Gegenseitige wirtschaftliche Infiltration durch Wirtschaftsbeziehungen, gegenseitige Durchdringung durch politische und militärische Abkommen bedeuten im Imperialismus nichts anderes, als daß der Kampf um die Neuaufteilung der Weltherrschaft unter den Imperialisten sich zuspitzt. Der imperialistische Krieg, auf den diese Entwicklung hinführt, ist dabei letztlich nur die Fortführung dieser Politik mit anderen, eben mit militärischen Mitteln.

Mit Breschnew wird kein „Freund des Friedens", kein „Freund der Völker" in Bonn empfangen, sondern ein imperialistischer Verbrecher, der Vertreter einer gefährlichen und aggressiven Supermacht, ein sozialfaschistischer Diktator nach der Art Hitlers, mit dem die westdeutschen Imperialisten Handel treiben wollen. Die Verhandlungen mit ihm führen die westdeutschen Imperialisten nicht um des Friedens willen, sondern weil die Zusammenarbeit mit diesem Feind der Völker der Welt ihnen selbst höhere Profite und einen größeren imperialistischen Einfluß auf der Welt bringt. Dieses Treffen in Bonn dient nicht den Völkern Europas, die den Frieden wünschen, sondern richtet sich gegen sie und gegen ihre Ziele. Und besonders richtet sich dieses Treffen gegen das deutsche Volk, das im Westen von dem einen, im Osten von dem anderen dieser beiden Imperialisten unterdrückt wird. Deshalb gilt es, diesem Treffen zwischen dem Oberhaupt der neuen Zaren im Kreml und den westdeutschen Imperialisten entgegenzutreten und Breschnew, dem Hitler von heute, einen gebührenden Empfang zu bereiten.

Kurz berichtet

MÜNCHEN

Die Veranstaltung zur Grundsatzerklärung der Partei, auf der Genosse Ernst sprach, besuchten 190 bis 200 Freunde und Genossen. Es waren etliche neue Sympathisanten gekommen. Das Interesse an der Rede des Genossen Ernst war groß. Mehrmals wurde seine Rede durch begeisterten Beifall unterbrochen. Nach der Rede des Genossen Ernst wurden insgesamt 1050,55 DM für die Verbreitung der Grundsatzerklärung gesammelt. Im Anschluß an die Veranstaltung saßen noch viele Sympathisanten mit den Genossen an Tischen und diskutierten.

FRANKFURT

Vor Beginn der Veranstaltung zur Grundsatzerklärung der KPD/ML, auf der auch in Frankfurt Genosse Ernst Aust sprach, hatten die Frankfurter Genossen eine Demonstration in dem Viertel durchgeführt, in dem die Veranstaltung stattfand. Im Ergebnis dessen kamen 120 Menschen zur Veranstaltung. Vor der Rede des Genossen Ernst führte der Frankfurter AP-Trupp ein Theaterstück zum Programm auf. Bei der Spendensammlung kamen 737 DM zusammen.



HAMBURG

Nachdem seit einem Jahr in Abständen am Kaufhof in Hamburg Flugblätter der KPD/ML zu verschiedenen Fragen herausgekommen sind, ist jetzt von den Genossen beim Kaufhof die erste Ausgabe der Betriebszeitung der KPD/ML für die Kaufhof-Angestellten, „Die Abrechnung" herausgegeben worden. In der ersten Ausgabe wird in dem Hauptartikel eingegangen auf das ausgeklügelte System der Kontrolle der Angestellten durch die Betriebsleitung, durch Abteilungsleiter, die Substituten und die Erstverkäufer. In einem weiteren Artikel der Betriebszeitung unter dem Titel „Was will die KPD/ML" wird der Kampf der Partei für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland den Kollegen des Kaufhofs erläutert. Die Zeitung versichert abschließend: „Eines Tages werden wir gemeinsam mit allen Ausbeutern ‚abrechnen'."

SAARBRÜCKEN

Am 25. September fand in Saarbrükken eine kämpferische Veranstaltung statt, auf der Genosse Ernst Aust die Rede zur Grundsatzerklärung der KPD/ML hielt. Die Genossen aus Saarbrücken berichteten: „Obwohl wir erst seit Januar 1976 hier in Saarbrücken arbeiten, waren über 60 Genossen, Freunde und Kollegen anwesend. Darunter auch ausländische Genossen sowie Genossen vom KAB Saar, vom KBW, von der Liga und anderen Organisationen.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Sie festigte die Partei und führte dazu, daß Interessierte ihre Linie kennenlernten und die Sympathisanten sich enger um die Partei zusammenschlossen. Die Spendensammlung zum Abschluß der Veranstaltung ergab über 130 DM."

Offen gesagt ...

Verbrecherisch!

Erst kürzlich heulten die Luftschutzsirenen wieder Probealarm. Wollte man den Eindruck, den die Bourgeoisie damit zu erwecken sucht, für bare Münze nehmen, so gäbe es ein ganzes Bündel von Schutzmaßnahmen, die im Fall eines Krieges den Schutz der Bevölkerung garantierten. Wie aber steht es tatsächlich um die Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung?

Ein Beispiel dafür ist auf der einen Seite Max Herz, Chef des Tschibo-Konzerns. Die Bild-Zeitung berichtete vor kurzem, als bei Herz eingebrochen wurde, daß dieser Mann zwar keine Alarmanlage, dafür aber den sichersten Atombunker in der Bundesrepublik besitzt. Und wie er, besitzen viele Kapitalisten und Bourgeois ihren Bunker im Keller oder im Vorgarten. Ja, sie erhalten für den Bau ihrer Privatbunker sogar noch staatliche Subventionen. Und nicht zu vergessen die Bundesregierung, die in der Eifel über eine riesige unterirdische Atombunker-Anlage verfügt.

Wie aber sieht es mit den Schutzmaßnahmen für die Werktätigen aus? Nur für 2 bis 3% der Bevölkerung gibt es Schutzanlagen wie Atombunker. Dafür aber gibt es um so mehr Ratschläge für die Bevölkerung (die kosten ja schließlich nichts), die, wenn sie nicht so ernst gemeint wären, eher wie schwarzer Humor anmuten. So heißt es bei den vom Bundesverteidigungsministerium empfohlenen Schutzmaßnahmen unter der Rubrik „Vorbeugende Maßnahmen": „Sorgfältige tägliche Körperpflege"! Nicht wesentlich anders sind die Ratschläge wie: Bei Atomdetonation flach hinwerfen und eine Aktentasche oder ähnliches über den Kopf halten. Und geradezu unverschämt der Ratschlag: Man soll sich besser in einen Schutzraum begeben. Wer weiß denn schon, wo der nächste Bunker sich befindet? Kaum jemand. Und selbst wenn man dies wüßte: Was nützt es denn zu wissen, daß der nächste Atombunker in der dreißig Kilometer entfernten Großstadt liegt – unter den Kellern der dortigen Landesregierung?

Während die Bourgeoisie, während diejenigen, die den imperialistischen Krieg mit schüren helfen und vorbereiten, über ihre Privat- und Staatsbunker verfügen, bleiben die Werktätigen ihrem Schicksal überlassen. – Aber was brauchen sie denn auch Atombunker? Sie sollen doch dann in die Schlachtfelder ziehen und die Interessen der westdeutschen Imperialisten verfechten. Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen, um beim nächsten Waffengang der Imperialisten um die Neuaufteilung der Weltherrschaft unter sich ein möglichst großes Stück abzubekommen; die Werktätigen auf die Schlachtfelder des Imperialismus gegen ihre ausländischen Klassenbrüder zu jagen, damit sie sich gegenseitig im Interesse des Imperialismus abschlachten; sich selbst mit Bunkern zu versorgen, die Werktätigen aber ihrem Schicksal überlassen – das ist es, was die Imperialisten darunter verstehen, wenn sie sagen, sie seien gerüstet.

Die Werktätigen müssen sich selber rüsten – gegen diese Imperialisten, gegen den imperialistischen Krieg, sie müssen die Imperialisten stürzen. Dort nämlich, wo die Arbeiterklasse herrscht, in China und Albanien – dort wird zum einen nach außen Friedenspolitik betrieben, zum anderen aber werden auch alle nur denkbaren Maßnahmen getroffen, damit im Falle eines Angriffs der Imperialisten das Volk sich bestens verteidigen kann und die Bevölkerung bestens geschützt ist.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Wahldiskussion im Fernsehen

Ausser Phrasen nichts gewesen

Das Studiogebäude war in gleißendes Scheinwerferlicht getaucht. Auf der Straße patrouillierte ein Polizeipanzer. Polizisten mit Hunden und Maschinenpistolen ausgerüstet gingen die Straße auf und ab. Im Studiogebäude ganze Mannschaften von Sicherheitsbeamten und Zivilen. Es war Donnerstagabend, kurz vor Beginn der als „Sensation des Wahlkampfes" angekündigten Fernsehdiskussion von Schmidt, Genscher, Strauß und Kohl. Großes Trara war ja schon lange vorher darum gemacht worden. Da war zuerst sogar die Rede von mehreren Diskussionabenden, die im Fernsehen übertragen werden sollten. Die meisten Fernsehzuschauer aber hatten schon nach zwei Stunden der Diskussion die Nase voll und schalteten ab. Die „Sensation", so stellte sich schon bald heraus, war keine. Von 600 Anrufern beim WDR-Fernsehen gab es nur ganze 7, die von dieser Sendung begeistert waren.

Viele hatten zumindest die Hoffnung, daß da immerhin die Fetzen fliegen würden und eine Unterhaltungssendung dabei herauskäme. Doch nichts davon. Die Redewendungen – ob von Schmidt, Genscher, Strauß oder Kohl – waren von den Wahlveranstaltungen her nur allzu bekannt, die Phrasen und Allgemeinplätze abgegriffen und die Witzchen am Rande hatte die Presse zuvor auch schon zigmal wiedergekäut. Offensichtlich hatte man vorher abgesprochen, dem Parlamentarismus mal wieder etwa Glanz zu verleihen: Der ganze Dreck und Schlamm, in dem die Vertreter der einen wie der anderen Partei drinstecken und den sie sich in den letzten Tagen gegenseitig um die Ohren geworfen hatten, wurde draußen vor gelassen. Wenn Schmidt nicht über Lockheed spricht, schweigt Strauß über den Northrop-Skandal, wenn man Kohls Skandal mit der rheinland-pfälzischen Landesbank ruhen läßt, kommt der SPD-Osswald in Hessen auch nicht ins Spiel. Da war man sich einig.

Deutlich bei der Fernsehdiskussion wurde vor allem eines: Der als demokratisch beschworene Meinungskampf, dessen Ergebnis dann erst die Entscheidungen im Parlament sein sollen, gibt es in Wirklichkeit nicht. Sicherlich gibt es bestimmte Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien. Doch in einem sind sie sich alle einig: Nicht den Werktätigen, sondern dem Kapital sind sie verantwortlich. Sie alle waren der Meinung, die Kohl so zum Ausdruck brachte: „Das ‚A' und ‚O' ist, daß die Gewinne steigen". Wirkliche Alternativen standen gar nicht zur Debatte. Wenn es zum Beispiel um die Fragen Schmidts ging, was denn Strauß und Kohl anders machen wollten, so wurde von den Vertretern von CDU/CSU entweder ausgewichen oder mit allgemeinen Phrasen geantwortet. Wenn Kohl und Strauß die Regierung kritisierten, so war die Antwort von Genscher und Schmidt zumeist, daß das Gewünschte von der Regierung doch getan würde.

Überhaupt kam bei dem gesamten diesjährigen Wahlkampf – mehr als in den Jahren zuvor – deutlich die Krise des Parlamentarismus zum Ausdruck. Um sich als Alternative zu präsentieren, wurden nicht etwa konkrete politische Maßnahmen zur Diskussion gestellt, sondern allgemeine Phrasen, bei denen die meisten Menschen jedoch weder glaubten, daß die CDU für Freiheit, noch daß die SPD für Sozialismus steht. Vor allem aber - und das kennzeichnete auch die Fernsehdiskussion, war der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien darauf abgestimmt, ihre Spitzen wie „Filmsternchen" oder Schlagersänger „aufzubauen". Da wurden Werbeagenturen, Psychologieexperten, Designer und Theaterregisseure engagiert, die mit dem jeweiligen Kandidaten bestimmte Gesten einstudierten, ihm das typische Lächeln ins Gesicht drückten, ihn einkleideten, ihm ein bestimmtes Vokabular, bestimmte Redewendungen einschärften usw. usf. Entsprechend war dann der Schmidt der etwas würdevolle, routinierte Mann, der stets souverän die Situation beherrscht; Kohl war der Helmut Strahlemann, der ehrenhafte, etwas biedere, moralisch entrüstete, naive Typ – auf Plakaten um 20 Jahre verjüngt; Strauß war der kämpferische Löwe aus Bayern und Genscher der informierte und auf Sachlichkeit bedachte geschäftige Parteivorsitzende. Und es war ihnen während der Diskussion direkt anzusehen: Wenn von ihnen eine Geste gut gelungen war, wenn Kohl sich z. B. besonders gut moralisch empört oder Schmidt einen besonders souveränen Eindruck hinterlassen hatte, da freuten sie sich, als wären sie ihrem Wahlsieg einen Schritt näher gekommen.

Mit wirklicher Auseinandersetzung, wie sie von ihnen stets beschworen wird, hat das nichts zu tun und mit den Problemen der Werktätigen, mit der Frage, wie sie ihre Lage verändern können, schon überhaupt nichts. Hier ging es nur darum, ob der linke oder rechte Stiefel des Kapitals die Werktätigen in den nächsten vier Jahren treten soll; Und wenn die „UZ", die Zeitung der D„K"P-Revisionisten schreibt: „Am Tatort Bonn fehlte einer", nämlich ihr Vorsitzender Mies, so haben sie in der Tat recht. Dieser Betrüger hätte wirklich zu dieser Bande am Tatort Bonn noch gut dazu gepaßt.

Hannover

Faschisten schiessen auf Genossen der KPD/ML

Von der Bourgeoisie werden die faschistischen Organisationen wie NPD, Aktion Widerstand und ähnliche in ihrer Bedeutung stets heruntergespielt. Im Bericht des Verfassungsschutzes heißt es alljährlich, daß von ihnen keine Gefahr ausgehe. Und auch die bürgerliche Presse versucht, diese faschistischen Banden als harmlose kleine Gruppen von Spinnern herunterzuspielen. Welche Gefahr diese Banden, die in der Regel bewaffnet sind, tatsächlich darstellen, das zeigt ein Beispiel aus Hannover in aller Eindringlichkeit.



Kundgebung der KPD/ML gegen Faschistenjugend-Treff in Dortmund

Genossen aus Hannover berichten uns: „Als wir spät am Abend durch die Straßen gingen, fielen uns Plakate der NPD-Faschisten auf, die in widerwärtiger Weise die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern durch widerwärtige Hetze betrieben. Da hieß es: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter". Empört über diese faschistische Parole zerstörten wir mehrere von diesen Plakaten. Noch während wir die Plakate zerfetzten, stürmten plötzlich fünf Faschisten hervor, die im Gebüsch am Straßenrand gelauert hatten. Angesichts der Übermacht machten wir uns davon. Nachdem wir 400 Meter gerannt waren, wurden wir jedoch von einem gelben Personenwagen überholt. Er fuhr auf einer Höhe mit uns, als plötzlich das Fenster heruntergekurbelt wurde und aus dem fahrenden Wagen drei Schüsse auf uns abgegeben wurden. Wir liefen daraufhin in eine Einbahnstraße. Doch der Wagen folgte uns. Die Faschisten versuchten dabei, uns mit ihrem Wagen zu überfahren. Als ihnen das nicht gelang, feuerten sie noch mehrere Schüsse aus dem Auto auf uns ab. Nur durch den Umstand, daß sie in der engen Einbahnstraße nicht so schnell wenden konnte, entkamen wir.

Die Faschisten waren offensichtlich sehr wütend darüber, daß wir ihnen entkommen waren. Denn kurz nach dem Anschlag auf uns wurde im Büro des KBW die Scheibe mit einem Stein eingeworfen."

Dieses Vorgehen der Faschisten in Hannover, wo ihr Hauptsitz ist, ist keineswegs ein Einzelfall. Bereits drei Monate vorher wurden in Hannover Antifaschisten mit einer Gaspistole bedroht. Einige Wochen später wurde ein Bombenanschlag auf den Arbeiterbuchladen versucht. Auch in das Büro des KBW sind nachts Faschisten eingedrungen und haben ihre faschistischen Parolen an die Wand gemalt.

Diese bewaffneten Banden sollen laut Verfassungsschutzbericht ungefährlich sein? Dieses planvolle terroristische Vorgehen soll das Werk von harmlosen Spinnern sein? Für die Bourgeoisie ist dies sicherlich ungefährlich. Sie ist es ja, die diesen Banden sogar noch jede Unterstützung zuteil werden läßt, sie mit ihren Waffen in aller Offenheit Übungen durchführen läßt, ihnen die Beteiligung an den Wahlen sogar noch aus Steuergeldern finanzieren hilft und über ihre Verbrechen sich ausschweigt. Wenn aber dagegen bei einem Kommunisten bei einer Autodurchsuchung anläßlich einer Demonstration auch nur ein Schraubenschlüssel gefunden wird, so ist das bereits eine außerordentlich gefährliche Tatwaffe und der Fahrer gilt als verdächtig.

Diese Faschistenbanden sind nicht unser Hauptfeind. Das sind vielmehr diejenigen, die diese Banden heranzüchten, und die die Faschisierung ständig vorantreiben: die Bourgeoisie und ihr Staatsapparat. Doch wir werden nicht zulassen, daß diese faschistischen Banden ungestört sich ausbreiten und ihr Unwesen treiben können. So wie sie uns angreifen, werden wir diese Angriffe zurückschlagen.

Aufruf der Kommunistischen Partei Polens

„Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Polens, veröffentlichte kürzlich einen Aufruf der Partei, in dem die werktätigen Massen Polens aufgerufen werden, den Kampf und die revolutionäre Einheit gegen die politische und soziale Unterdrückung durch die Gierek-Clique zu verstärken.

Wir drucken im folgenden eine Zusammenfassung dieses Aufrufes ab, die über „Radio Tirana" gesendet wurde.

Die Kommunistische Partei Polens steht in den vordersten Reihen des Kampfes der polnischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen Polens gegen die volksfeindliche Politik der Gierek-Clique. Die Partei verurteilte die jüngste Unterdrückungskampagne der revisionistischen Diktatur gegen die Arbeiter, die an den Streiks und Demonstrationen des 25. Juni teilgenommen hatten, und legt die Notwendigkeit dar, die revolutionäre Einheit zu festigen und den Klassenkampf zum Sturz der revisionistischen Diktatur zu verstärken.

Die letzten Gerichtsprozesse gegen die Arbeiter, Teilnehmer an den Demonstrationen des 25. Juni, schreibt dazu „Rote Fahne", Zentralorgan der KP Polens, haben politischen Charakter. Sie haben nichts mit „Vagabundentum" oder „Unruhestiftung" zu tun. Heute findet das faschistische Gerichtsverfahren gegen die Arbeiter der Fabrik Ursus oder von Radom statt und morgen gegen die Arbeiter anderer Fabriken. Dies ist eine unendliche Kette des konterrevolutionären Terrors, die zeigt, daß die Gierek-Clique den Kurs des offenen Faschismus gegen die Arbeiterklasse fortsetzt, um das polnische Proletariat auf die Bank des Angeklagten zu setzen. Die verurteilten Arbeiter aber sind und bleiben in den Herzen und Gedanken des ganzen werktätigen Volkes als Helden der Revolution und des revolutionären polnischen Proletariats.

Das polnische Proletariat fand revolutionäre Unterstützung bei den Parteien und Staaten der Diktatur des Proletariats, Albanien und China. Mit den revolutionären Arbeitern solidarisierten sich die marxistisch-leninistischen Kräfte und das Proletariat Europas und der Welt, alle fortschrittlichen Menschen. Das ist ein Ausdruck des proletarischen Internationalismus und eine Hilfe und ein Ansporn für das polnische Proletariat.

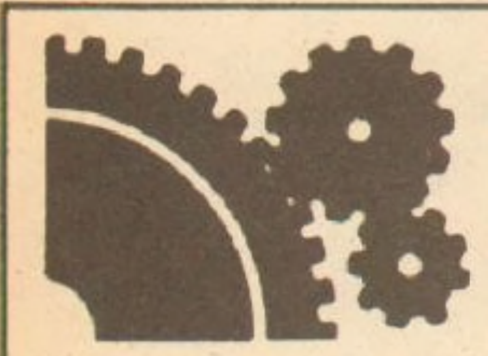
Die KP Polens ruft die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen in Polen dazu auf, nicht die geringste Illusion über die pseudosozialistischen Losungen der Gierek-Clique zu hegen, sondern den Weg des entschlossenen Kampfes weiterzugehen.

Angesichts des gegen die revolutionären Arbeiter gerichteten Terrors und der Erpressung stellt die Partei den werktätigen Massen die Aufgabe, die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen und die Einheit und Solidarität ihrer Reihen im Kampf gegen die gemeinsamen Feinde, die bürgerliche Gierek-Clique und ihre Oberherren, die sowjetischen Sozialimperialisten, zu festigen. Die Dezemberereignisse von 1970 und noch mehr die Juniereignisse 1976 zeigten, daß das politische Klassenbewußtsein des polnischen Proletariats gewachsen ist, daß die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft und Rolle bewußt ist. In Warschau und im ganzen Land standen Kollektive der größten Fabriken im Streik, das konzentrierteste Proletariat, die bewußtesten und politisch gefestigsten Arbeiter.

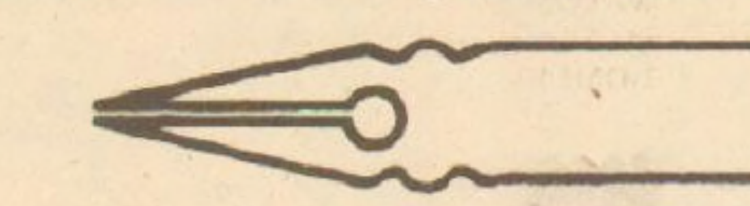
In der augenblicklich schwierigen Situation steht vor allen Mitgliedern der KP Polens im Vordergrund die Kampfaufgabe, die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse zu festigen, sie in der illegalen KP Polens und dem polnischen Kommunistischen Jugendverband zu organisieren und alle legalen Formen und Organisationen in den Dienst des Kampfes zu stellen. Je nach der Lage müssen Streikkomitees und revolutionäre Fabrik-, Stadt- und Bezirkskomitees gebildet werden, um die demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen zu verteidigen. Es muß entschlossen gegen die Spalter der Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse vorgegangen, und die Streikbrecher müssen entlarvt und bestraft werden. Die Arbeiter und ihre Vorhut, die KP Polens, müssen die Situation nutzen, um sich politisch zu organisieren, um die Gewerkschaften zu erneuern und sie zu Organisationen des Klassenkampfes zu machen, um die fortschrittlichen Frauen und die revolutionäre Arbeiterjugend in den Kampf einzubeziehen und alle fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft in Stadt und Land zusammenzuschließen. Der Sieg hängt von der selbstlosen Arbeit und dem selbstlosen Kampf der Arbeiter ab, von der Erweiterung der revolutionären Einheit und Solidarität, von dem Vertrauen auf die eigenen Kräfte und der Festigung der revolutionären Vorhut des polnischen Proletariats, der KP Polens. Die KP Polens hält den Kampf dafür, die sowjetischen Besatzertruppen zu vertreiben und die vollständige Souveränität für das Volk zu erlangen, für eine notwendige Bedingung für den Sieg der sozialistischen Revolution.

Sie ist davon überzeugt, daß die Arbeiter aller Länder, vor allem die sowjetischen, die polnischen Arbeiter in dem Kampf, die Besatzertruppen des sowjetischen Sozialimperialismus vom polnischen Boden zu vertreiben, unterstützen werden. Unser gemeinsamer Feind, betont die KP Polens, ist der internationale Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze, der moderne Revisionismus mit dem sowjetischen Sozialimperialismus als Zentrum und die Reaktion in Polen und in allen Ländern.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Gewerkschaft empfiehlt Arbeitern: Kredit aufnehmen

Folgenden Bericht über die Pleite eines Betriebes der Holzbranche erhielten wir von einem Genossen:

Von den Kollegen wird vermutet, daß der Betriebsrat (hauptsächlich der freigestellte Herr Köller) schon früh Einblick in die schlechte Lage des Betriebes hatte. Er hätte somit die Kollegen bereits frühzeitig informieren können. Zwischen den Arbeitern und Köller kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen, als er Schwierigkeiten bei der Auszahlung von Geldern machte, die den Kollegen zustanden. Einige Kollegen drohten, ihm die Bude auseinanderzunehmen. Ähnliche Äußerungen konnte man öfter hören.

Obwohl für Köller noch die Aussicht besteht, mit anderen Kollegen im Oktober wieder in dem Betrieb anzufangen, hat er die Konsequenzen gezogen. Zu ungewiß wäre ihm doch sein Schicksal bei den dann anstehenden Neuwahlen des Betriebsrates. Nach neun Jahren als freigestellter Betriebsratsvorsitzender im Dienst der Kapitalisten, hat er natürlich keine Lust mehr, zurück ans Fließband zu gehen. So hat er sich selbständig gemacht und verkauft jetzt Sportartikel. Eine wichtige Aufgabe für die Kapitalisten beim störungsfreien Ablauf der Konkursgeschäfte übernahm die Holzgewerkschaft. Sie schickte einen ihrer höchsten Bonzen. Er versprach, das Möglichste zur Erhaltung der Arbeitsplätze zu tun – heraus kam dabei natürlich nichts. Außerdem hat er den Kollegen geraten, einen Kredit bei der Kreissparkasse aufzunehmen, um die fehlenden Löhne auszugleichen. Die Kollegen mußten sich verpflichten, die Kredite, wenn der Betrieb sich weigert, das zu tun, selbst mit Zins und Zinseszins zurückzuzahlen. Bis jetzt allerdings sind die Löhne immer noch nicht bezahlt.

Siemens: Weg mit der Stufenausbildung!

Liebe Genossen!

Seit drei Jahren wird bei Siemens die Stufenausbildung durchgeführt. Das heißt für jeden Lehrling bei uns: Zwei Jahre lernen, aber die Ausbildung eines qualifizierten Facharbeiters besteht aus 3 1/2 Jahren. Wenn dann die Lehrlinge nach zwei Jahren zur Abschlußprüfung gehen, weiß 1/3 schon vorher, daß sie entlassen sind. Ihnen wird dann ein sogenannter „Facharbeiterbrief" ausgestellt, dieser ist aber mehr oder weniger eine Bescheinigung, die besagt, daß man zu jeder unqualifizierten Arbeit (Kabel ziehen z.B.) eingesetzt werden kann. Dieses wird von den Kapitalisten auch brutal ausgenutzt. Denn, wenn man 1/2 Jahr oder mehr beim Arbeitsamt angestanden hat, ist es vielen Kollegen auch egal, ob sie Kabel ziehen und zu einem niedrigen Stundenlohn arbeiten müssen. Oder sie lassen sich von „Sklavenhändlern" verschachern und werden mit der Hoffnung auf einen festen Job Zeitarbeiter. Aber daran hat die „Familie Siemens" natürlich Interesse, sie brauchen so und so viele „Facharbeiter" und qualifizierte Facharbeiter.

Aber qualifizierter Facharbeiter wird man bei uns nur, wenn man zwei Jahre die Klappe gehalten hat und freundlich war und andere Kollegen am Arbeitsplatz ausgestochen hat. Wir sind täglich einem Streß und einer Hetze ausgesetzt, die unzumutbar sind. Aber den Konkurrenzkampf läßt die Geschäftsleitung schon nicht schleifen, da werden Beurteilungsbögen eingeführt, die nach Gutdünken des Meisters oder Monteurs ausgefüllt werden. Wenn man diese zwei Jahre überstanden hat und Siemens den Lehrvertrag um 1 1/2 Jahre verlängert, ist man noch lange nicht sicher, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Denn diese Kollegen fliegen auch zu 90% raus, dieses begründet dann die Geschäftsleitung mit der Arbeitskrise, die aber nicht vorhanden ist. Siemens schreibt sogar in seinen Mitteilungen, daß die einzelnen Werke bis zu 25% Gewinne im letzten Jahr erzielt haben.

Siemens hat also den doppelten Profit an den Lehrlingen, indem sie die Lehrlinge zu einer höheren Produktivität durch den Konkurrenzkampf anstacheln. Zum anderen werden die Kollegen, die es geschafft haben, in die 2. Stufe zu kommen, auf Baustellen eingesetzt und arbeiten gonauso wie ein Monteur – bloß sie bekommen Lehrlingslohn. Siemens stellt sogar Lehrlinge ins 1. Lehrjahr ein, die vorher vom Arbeitsamt ein Überbrükkungsjahr absolviert haben und dort eine fachliche Grundausbildung bekommen haben.

Fortschrittliche Kollegen werden aber sofort unterdrückt, wenn sie versuchen, gegen Stufenausbildung und diktatorische Bestimmungen den Kampf aufzunehmen. Die Geschäftsleitung hetzt andere Kollegen gegen uns auf, und gibt schlechte Beurteilungen, was dann die Folge hat, daß man rausfliegt. Wir lassen uns aber nicht unter Druck setzen und versuchen in mühseliger Kleinarbeit neue fortschrittliche Kollegen zu gewinnen, um den Kampf breiter fortzusetzen.

Wir treten dafür ein:
Weg mit der Stufenausbildung!
Übernahme aller Lehrlinge in die 2. Stufe!

Rationalisierungsmaßnahmen bei Phoenix

Am Donnerstag mittag, kurz vor Schichtschluß erfuhren 40 Kollegen der Schweißerei und vom Preßbau, daß sie am Montag für sechs Wochen umgesetzt würden. Danach wurden 40 andere Kollegen umgesetzt. Das ganze läßt auf geplante Entlassungen schließen. Um Kampfmaßnahmen zu verhindern, haben sie am Freitag freibekommen und werden am Montag auf Arbeitsplätze versetzt, die über das ganze Werk verstreut sind, sogar in andere Zweigwerke.

Auch bei den Kranführerinnen ist schon seit längerem geplant, ihre Kräne auf Flursteuerung umzustellen oder ganz wegzurationalisieren. Nun kam vor ein paar Wochen bei den Kranführerinnen der Betriebsrat an und bot ihnen an, sich auf andere Arbeitsplätze in der Wäscherei, der Näherei, der Kantine oder der Küche versetzen zu lassen. Dieses Angebot war eine ungeheure Provokation. Denn bei diesen Arbeiten handelt es sich zum einen um sehr schwere Arbeit, zum anderne müssen die Kolleginnen dann zum Teil auch Nachtarbeit machen und bekommen durchschnittlich eine Mark weniger Lohn pro Stunde. Als die Kolleginnen protestierten, hatte der Betriebsrat noch die Unverfrorenheit, zu sagen: „Was wollt ihr denn, mit Überstunden kommt ihr doch auf denselben Lohn wie vorher!" Die Kolleginnen nahmen dieses unverschämte Angebot nicht an. Die Folge: Die erste Kollegin wurde entlassen, der zweiten droht die Entlassung. Auf Nachfragen anderer Kollegen antwortete der Betriebsrat jetzt, er habe den Kolleginnen doch sehr gute Arbeitsplätze angeboten ... Nach dem Motto: Die Kolleginnen sind doch selbst schuld, daß sie entlassen wurden.

Vielen der Kollegen ist jetzt klarer geworden, daß sie durch die schäbige Hoffnung, sie würden vielleicht noch einmal ungeschoren davonkommen, nur vom Kampf abgehalten werden sollen und daß für die Kapitalisten nicht zählt, ob der Kollege schon lange bei Hoesch arbeitet, usw., sondern nur, ob ein Produktionsbereich oder ein Arbeitsplatz genug Profit bringt.

Eine Genossin von Hoesch

Stahltarifrunde

IGM-Apparat und D"K"P sabotieren den Kampf

Natürlich haben es die Stahlmonopole auch dieses Mal nicht versäumt, ihre Propagandatrommel zu rühren und das bekannte Lied ertönen zu lassen, daß ohne Lohnverzicht seitens der Arbeiter und kleinen Angestellten, ohne ihr Stillhalten und ihre „wirtschaftliche Vernunft", sich die Lage in der Gesamtwirtschaft und speziell natürlich in der Stahlindustrie unweigerlich weiter verschärfen bzw. daß dadurch die Überwindung der Rezession boykottiert würde.

Aber haben die Gewerkschaftsbonzen den Stahlwerkern nicht immer wieder in den letzten Jahren „stabilitätsgerechte Abschlüsse" serviert und ihnen die „wirtschaftliche Vernunft" der Kapitalisten aufgezwungen? Und die wirtschaftliche Lage hat sich dennoch immer mehr verschärft. Kurzarbeit, Teilstillegungen, Massenentlassungen, Rationalisierung waren die Quittung für die „wirtschaftliche Vernunft". Die Ausbeutung wurde verschärft.

Ein markantes Beispiel ist Mannesmann, wo die Kollegen im vergangenen Geschäftsjahr alle Lasten der Krise auf den Rücken gewälzt bekamen, wobei Loderer, der im Aufsichtsrat von Mannesmann den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden bekleidet, eifrige Mithilfe leistete. Die Mannesmannkapitalisten dagegen machten die höchsten Profite der Nachkriegszeit. Neben einer 14-prozentigen Dividende wurde auch noch ein zweiprozentiger Sonderbonus an die Aktionäre ausgeschüttet. Jetzt kommt erneut Kurzarbeit auf die Mannesmannkollegen zu. Mit übelsten Methoden versuchen die Bosse erneut, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um auf dem Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten ihre Profite zu sichern. So versuchen sie z.B., die ausländischen Kollegen zu einem dreimonatigen unbezahlten Urlaub (natürlich auf „freiwilliger Basis") zu zwingen. Am Beispiel Mannesmann kann man sehr gut sehen, was die Arbeiter davon haben, wenn sie stillhalten. Die „wirtschaftliche Vernunft" der Arbeiter kann eben nur heißen: kämpfen, sich zusammenschließen in unversöhnlicher Front gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger.

Dies zu verhindern und die Arbeiter erneut in das Schlepptau des Bonzenapparates der IGM zu führen, ist die D„K"P auf den Plan getreten. Diese Arbeiterverräter treten natürlich radikaler auf als ein Loderer oder auch Bulitz. Sie reden von „Kaufkrafterhöhung" und sagen, man müsse die Kapitalisten unter Druck setzen. Aber gerade deshalb ist ihre Sabotage am Kampf der Arbeiter auch raffinierter und gefährlicher. Mit der Losung der „Kaufkrafterhöhung" verbreiten sie in hinterhältiger Weise die Vorstellung, als gäbe es ein gemeinsames Interesse zwischen Arbeitern und Kapitalisten, nach dem Motto: „Erhöhung der Löhne gleich Erhöhung der Massenkaufkraft gleich bessere Absatzmöglichkeiten für die Kapitalisten gleich Überwindung der Wirtschaftskrise". In Wahrheit ist das nichts als Betrug, der uns vom kompromißlosen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung abhalten soll. Denn die Massenkaufkraft als solche liegt keineswegs im Interesse der Kapitalisten. Die Kapitalisten interessiert nur der Profit, und deshalb sind sie stets bestrebt, die Löhne zu drücken. Und die Wirtschaftskrise ergibt sich aus dem Ausbeutungsverhältnis und der Anarchie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit unvermeidlicher Notwendigkeit. Ohne den Kapitalismus selbst zu beseitigen, kann man auch die Krisen und die Arbeitslosigkeit nicht abschaffen.

In den Vertrauensleutekörpern haben die D„K"P-Revisionisten dafür gesorgt, daß keine Forderungen verabschiedet wurden, die die Selbständigkeit und den klassenkämpferischen Zusammenschluß der Arbeiter gegenüber dem reaktionären Gewerkschaftsapparat fördern könnten. So z.B. bei Klöckner in Bremen: Dort haben klassenbewußte Vertrauensleute vorgeschlagen, eine Festlohnforderung aufzustellen. Die D„K"P-Revisionisten verhinderten dies, indem sie eine Mischforderung von einem Sockelbetrag und einem Prozentbetrag durchsetzten.

Für die klassenbewußten und revolutionären Stahlarbeiter kommt es darauf an, alles zu tun, um die Rolle des IGM-Apparates und der D„K"P-Revisionisten zu entlarven und den Kollegen die Notwendigkeit des Kampfes gegen den geplanten Lohnraub, die Notwendigkeit, eine Front des unversöhnlichen Klassenkampfes zu schmieden, klarer zu machen. Um so mehr, als nach Prognosen der Brüsseler EG-Kommission in der Stahlindustrie, insbesondere auch in der westdeutschen, weitere Massenentlassungen, Kurzarbeit und neue massive Rationalisierungsmaßnahmen zu erwarten sind. Gegen diese Angriffe der Kapitalisten müssen die Stahlwerker sich auch in der Tarifrunde wappnen, indem sie sich entschlossen gegen den Lohnraub wehren.

DGB-Apparat contra Biedenkopf: Arbeiterfeinde unter sich

Die „Filzokratie"kampagne des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf hat die SPD-Bonzen und D„K"P-Verräter auf den Plan gerufen, „um die Ehre des Gewerkschaftsapparates" zu verteidigen. „Dieser Mann will die Gewerkschaften kaputtmachen", sagen sie und die modernen Revisionisten der D„K"P ließen in Duisburg-Meiderich sogar eine Resolution verabschieden, in der die „Gewerkschaftsfeinde CDU/CSU" verdammt werden. Aber wer klagt denn da wen an und zu welchem Zweck?

Was hat Biedenkopf denn gemacht? Er hat einige Fälle offensichtlicher Verfilzung zwischen der SPD und dem Gewerkschaftsapparat, einige Fälle von Benachteiligungen von CDU-Betriebsräten durch die SPD, einige Fälle von Erpressungen des DGB-Apparates gegenüber den Arbeitern veröffentlicht. Diese Dinge sind allgemein bekannt. Jeder Arbeiter eines Großbetriebes kann aus eigener Erfahrung Dutzende solcher Fälle aufzählen. Sie werden dadurch nicht unwahrer, daß sie ein so ausgemachter Arbeiterfeind wie der ehemalige Henkel-Topmanager Biedenkopf aufzählt. Schließlich bleibt ein Gangster auch dann ein Gangster, wenn er von einem anderen Gangster so genannt wird. Das wird ja niemand bestreiten.

Worum geht es den Bonzen des DGB-Apparates und vor allem den modernen Revisionisten der D„K"P? Ihnen geht es um die Ehrenrettung des DGB-Apparates in den Augen der Arbeiter. Sie wollen um keinen Preis, daß irgendjemand auf den Gedanken kommen könnte – und sei es auch nur auf die Veröffentlichungen eines Biedenkopf hin –, daß der DGB-Apparat die Arbeiter unterdrückt und ihre Kämpfe sabotiert. Das Vertrauen der Kollegen in den DGB-Apparat soll nicht erschüttert werden. Die Tatsache, daß Biedenkopf ein offensichtlicher Feind der Arbeiter, ein Reaktionär ist, kommt ihnen dabei gerade recht. Aber diese Leute, die sich selbst als Anwalt der Arbeiter gegenüber Biedenkopf aufspielen, zählen selbst zu den schlimmsten Feinden der Arbeiter.

Mit dem Apparat des DGB, der selbst eng mit dem Finanzkapital verfilzt ist (davon redet Biedenkopf natürlich nicht, denn damit ist er völlig einverstanden), hat die Kapitalistenklasse ein mächtiges Instrument, um die Reihen der Arbeiter von innen her zu zersetzen, zu spalten, ihre Kämpfe zu sabotieren und sie mit dem kapitalistischen Ausbeutersystem auszusöhnen. Und gerade die modernen Revisionisten der D„K"P sind es, die unter dem Deckmantel des Geschreis über die „Einheit der Gewerkschaften", mit der Lüge auf den Lippen, den DGB-Apparat zu einem Instrument der Arbeiter machen zu können und ihn angeblich sogar für die Überwindung des kapitalistischen Ausbeutersystems benutzen zu können, die Kollegen auf besonders raffinierte Weise in die Irre führen und ihre Kämpfe sabotieren.

Biedenkopf ist ein Feind der Arbeiter, aber der DGB-Apparat und die modernen Revisionisten der D„K"P sind es nicht minder. Die Bonzen des DGB-Apparates und die modernen Revisionisten der D„K"P fürchten deshalb die „Enthüllungen" Biedenkopfs auch gar nicht so sehr wie es den Anschein hat, noch sind sie darüber wirklich empört. Was sie wirklich fürchten, ist etwas anderes. Sie fürchten, daß sich der wachsende Unmut und die Empörung der Kollegen über die verschiedenen Schweinereien des DGB-Apparates gegenüber den Arbeitern in die klare Erkenntnis der Tatsache verwandelt, daß der DGB-Apparat ein Instrument in den Händen der Kapitalisten ist, das sich gegen die Arbeiterklasse richtet, ein Instrument, das die Arbeiter bekämpfen müssen, indem sie sich im revolutionären Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Handlanger, den DGB-Apparat, in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammenschließen, wie es unsere Partei propagiert.

Gerade angesichts der drohenden Kurzarbeit in der Stahlindustrie, vor der Tarifrunde versuchen die DGB-Bonzen und modernen Revisionisten der D„K"P, die Kampagne des Arbeiterfeindes Biedenkopf nicht nur zur Stärkung des Vertrauens der Arbeiter in den DGB-Apparat auszunutzen, sondern dies auch mit verstärkter Hetze gegen unsere Partei und unseren Kampf für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu verbinden. Sie lügen daher, wir hätten etwas mit Biedenkopf gemein. Aber Lügen haben bekanntlich kurze Beine.

Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung?

Gegen Arbeitslosigkeit helfen keine Reformen!

Fortsetzung von Seite 1

de durch Rationalisierung, durch Erhöhung des Arbeitstempos sowie durch Überschichten wettgemacht. An nicht wenigen Arbeitsplätzen mußte ein Kollege jetzt die gleiche Arbeit schaffen, die vorher von zweien gemacht worden war.

Nicht möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen, sondern aus einer Mindestzahl von Arbeitern möglichst viel Leistung, möglichst hohen Profit herauszuschinden, das ist das unabdingbare Prinzip der Kapitalisten.

Von daher gesehen, zeigt sich auch, daß es einen „gemeinsamen Topf von Arbeit", der nur gleichmäßig unter die vorhandenen Arbeitskräfte aufgeteilt werden müßte, so wie es von Hauenschildt mit seiner Forderung nach Arbeitszeitverkürzung unterstellt wird, in der Realität nicht gibt und nicht geben kann. Die kapitalistische Wirklichkeit sieht völlig anders aus. Die Arbeiter, die keinen anderen Besitz haben außer ihrer Arbeitskraft, müssen diese verkaufen, um leben zu können, das heißt praktisch, sie müssen ihre eigene Haut zu Markte tragen. **Aber ob und in welchem Ausmaß die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten die vorhandenen Arbeitskräfte kaufen, also Arbeiter einstellen, das entscheiden sie einzig und allein nach ihren privaten Interessen, nach ihren Profitaussichten. Keineswegs aber danach, was den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht an sinnvoller Arbeit, an Erzeugung von Gütern, die die Menschen brauchen.**

Nehmen wie doch nur einmal den Wohnungsbau. Wir haben eine wachsende Wohnungsnot in der Bundesrepublik. Abgesehen von den Zigtausenden Familien, die in elenden Baracken zu hausen gezwungen sind, gibt es Hunderttausende von Proletarierfamilien, die in viel zu engen Löchern leben müssen, oft nur mit Außentoilette, ohne Bad usw. Gleichzeitig haben wir bekanntlich schon seit Jahren eine schwere Rezession in der Bauindustrie. Gesellschaftliches Bedürfnis nach dem Bau von neuen Wohnungen, nach der Arbeit von Maurern, Bauschlossern, Heizungsmonteuren, Anstreichern usw. wäre also in Hülle und Fülle da. Aber da die Arbeiterfamilien nur ein geringes Einkommen haben und nicht in der Lage sind, hohe Mieten zu bezahlen bzw. sich Eigentumswohnungen zu erwerben, kann im Wohnungsbau auch nur unterdurchschnittlicher Profit gemacht werden. Deshalb werden eben keine neuen Wohnungen gebaut. Die Maurer, Schlosser, Anstreicher usw. bleiben weiter ohne Arbeit. Zur Ergänzung des Beispiels Wohnungsbau muß noch hinzugefügt werden, daß gleichzeitig Zehntausende von teuren Appartment- und Eigentumswohnungen leerstehen. Die Menschen, die von der Wohnungsnot betroffen sind, können sich die teuren Mieten nicht leisten.

Dieser scheinbar widersinnige Gegensatz ist typisch für das kapitalistische System. Einerseits Mangel und andererseits Überfluß. Einerseits das Bestreben der einzelnen Kapitalisten aus Profitgier auf Teufel komm raus mehr Waren zu produzieren und auf den Markt zu werfen, – andererseits das Bestreben derselben Kapitalisten durch Rationalisierung und Stillegung „unrentabler" Produktionsstätten und durch Senkung der Löhne die Massenkaufkraft einzuengen und praktisch damit die Absatzmärkte zu untergraben – ebenfalls aus Profitgier.

Das kapitalistische Ausbeutersystem führt unweigerlich zu solchen Gegensätzen in allen möglichen Bereichen und Formen und zur immer weiteren Verschärfung dieser Gegensätze. Einer der grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Systems besteht darin, daß riesige durchorganisierte Betriebe und Produktionskomplexe entstehen, in denen ein hohes Maß an Planmäßigkeit herrscht, während auf der anderen Seite in der kapitalistischen Wirtschaft als ganzes, die den Privatinteressen der Monopolkapitalisten, ihrem Konkurrenzkampf, ihrer skrupellosen Jagd nach Maximalprofiten unterworfen ist, Anarchie und Chaos anwachsen. Aus den Widersprüchen, die dem Kapitalismus innewohnen, entstehen unabwendbar immer tiefere wirtschaftliche Krisen, in denen die Arbeitslosigkeit sprunghaft anwächst und ebenso auch die Verelendung unter den werktätigen Massen.

Man muß sich darüber klar sein, daß die Kapitalistenklasse und ihre Sachverwalter in Bonn gar kein wirkliches Interesse an der „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" haben. Wenn sie ständig ausposaunen, Vollbeschäftigung sei ihr höchstes Ziel, dann nur deshalb, um die werktätigen Massen zu beschwichtigen und die Illusionen über ein angebliches gemeinsames Interesse zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu konservieren. Die Existenz eines Stamms an Arbeitslosen, einer „industriellen Reservearmee", und das Anwachsen dieser Armee auf längere Sicht, gehört zum Kapitalismus wie der Deckel zum Topf. Sie ermöglicht es den Kapitalisten, „flexibel zu disponieren". Vor allem haben sie dadurch auch die Möglichkeit, die Konkurrenz unter den Arbeitern und kleinen Angestellten um die Arbeitsplätze zu schüren und dadurch mehr Druck auf sie auszuüben und die Ausbeutung zu verschärfen.

Einen Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit, ohne wachsende Verelendung, einen Kapitalismus, in dem die Arbeiter und kleinen Angestellten nicht mehr der brutalen Willkür der Kapitalisten unterworfen sind, in dem das Leben des Arbeiters und seiner Familie nicht mehr von den Wechselfällen der Konjunktur abhängig ist und davon, ob der Kapitalist sich aus der Verwertung seiner Arbeitskraft höheren oder aber nur geringeren Profit verspricht, – einen solchen Kapitalismus gibt es nicht und kann es auch nie geben. Es gibt keinerlei Rezepte, mit denen diese Wesensmerkmale des Kapitalismus, diese typischen Eigenschaften dieses Systems, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht abgeschafft oder „geheilt" werden könnten. Egal ob sie „Arbeitszeitverkürzung" heißen oder „Stärkung der Massenkaufkraft" oder „Förderung der Investitionsbereitschaft": Alle diese Rezepte und Reformvorschläge bezwecken nur eines: die Arbeiterklasse vom Kampf gegen den Kapitalismus, vom Zusammenschluß im revolutionären Klassenkampf abzuhalten.

Die „Reformvorschläge" der DGB-Bonzen sind darauf abgestellt, die Arbeiter zur Klassenversöhnung zu erziehen, sie zu verleiten, sich Gedanken darüber zu machen, wie man den Kapitalismus durch Reformen „verbessern" kann, statt für seine Beseitigung zu kämpfen. **Aber letztlich werden die reformistischen Losungen der Handlanger der Bourgeoisie nicht verhindern können, daß die Arbeiter, den einzig möglichen Weg gehen, der mit Arbeitslosigkeit, Elend und Lohnsklaverei wirklich Schluß macht: den Weg der Zerschlagung des kapitalistischen Systems durch die sozialistische Revolution.**

Mannesmann-Huckingen

Türkische Arbeiter auf der Abschussliste

Fortsetzung von Seite 1

Ding der Unmöglichkeit. Die türkischen Kollegen, die das „Angebot" annehmen, sind also gezwungen, in der einen oder anderen Weise, ihren Lebensunterhalt in der Türkei zu verdienen. Wie sie das allerdings machen sollen, steht in den Sternen. Die türkischen Kollegen sind doch gerade in die Bundesrepublik gekommen, weil die Türkei ein armes, unterentwickeltes Land ist, in dem die werktätigen Massen von den internationalen kapitalistischen Monopolen, von den Agas und Beys bis aufs Blut ausgeplündert werden, in dem infolge dieser Ausplünderung die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten Anatoliens z. B. Hunger leidet, in dem die Arbeitslosigkeit noch höher ist, als bei uns. Die Absichten der Mannesmann-Kapitalisten sind klar. Was aus den türkischen Kollegen wird, interessiert sie nicht. Sie haben nur den Gedanken möglichst viele abzuschieben, denn wer in der Türkei ist, der kann hier nicht gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf seine Schultern kämpfen.

Dazu kommt, daß die Mannesmann-Kapitalisten darauf hoffen, daß einige der türkischen Kollegen auch nach ihrem Urlaub nicht mehr in die Bundesrepublik zurückkehren. Und die anderen kann man dann immer noch, wenn es notwendig ist, durch diesen oder jenen Trick entlassen.

Aber es muß ja keiner das „Angebot" annehmen, behaupten die Mannesmann-Kapitalisten, das Ganze geschieht ja auf freiwilliger Basis. Das ist eine freche Lüge. Jeder weiß doch, wie diese „Freiwilligkeit" aussieht. Zuerst werden die Kollegen überredet, dann, wenn das nicht hilft, wird z. B. mit der Drohung nachgeholfen, daß man die Kollegen ja auch gleich entlassen könnte. Solche Methoden sind ja nicht neu, sie werden jeden Tag im Betrieb vorexerziert, ob es sich um „freiwillige" Überstunden oder ähnliches handelt.

Angeblich soll der Plan der Mannesmann-Kapitalisten helfen, die Kurzarbeit zu vermeiden. Mit diesem Argument hoffen die Stahlbosse vor allem die deutschen Kollegen zu beruhigen. Aber jeder Kollege sollte klar erkennen, was hinter einem solchen Argument steckt. Die Mannesmann-Kapitalisten versuchen damit, den deutschen Kollegen einzureden, daß es die ausländischen Kollegen sind, die ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen, sie versuchen auf diese Weise die Belegschaft zu spalten, um ihre Angriffe auf alle Arbeiter um so besser durchsetzen zu können. Schon erklärt ja der Mannesmann-Sprecher Schunder in aller Öffentlichkeit, daß die Kurzarbeit unvermeidlich kommen muß: „Wir haben unbezahlten Urlaub angeboten, aber wir befürchten, das reicht nicht." **Nicht die ausländischen Kollegen sind es, die den deutschen Kollegen die Arbeitsplätze wegnehmen, sondern die kapitalistischen Ausbeuter. Gegen sie müssen sich alle Kollegen im Kampf zusammenschließen, um die Angriffe auf ihre Lebenslage abzuwehren.**

Dabei gilt es auch, die Feinde in den eigenen Reihen zu erkennen, den DGB-Apparat und die Verräter der D„K"P. Bei Mannesmann wird der Betriebsrat von einer Mehrheit „linker" Sozialdemokraten, die teilweise sogar mit dem „Sozialistischen Büro" sympathisieren und den D„K"P-Revisionisten beherrscht. Der Betriebsratsvorsitzende Knapp tritt auf den Belegschaftsversammlungen wortradikal auf und redet vom Klassenkampf usw. Aber das ist nur Tarnung. Die Tatsachen zeigen, daß die Leute in Wirklichkeit auf Seiten der Ausbeuter stehen. Sie haben nämlich dem Urlaubsplan ihre Zustimmung gegeben. Sie unterstützen diesen Angriff auf die türkischen Kollegen voll und ganz. Sie betreiben die Spaltung der Belegschaft und helfen damit den Kapitalisten auch, ihre Angriffe gegen die deutschen Kollegen durchzusetzen, indem sie den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter sabotieren.

Die Betriebszelle der KPD/ML hat in einem Extrablatt des „Röhrenkieker" die Kollegen aufgerufen, sich unter den Parolen: „Nieder mit der D„K"P-Knapp-Clique!" und „Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront!" gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger zusammenzuschließen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Gewerkschaftsbeiträge erhöht

Mancher Kollege wird bei der nächsten Lohnabrechnung glauben, er sieht nicht richtig. Alles Rechnen hilft nichts – da fehlen 2 DM! Erst bei genauerem Hinsehen stellt man fest, wo das Geld geblieben ist: Ohne zu fragen, ohne auch nur eine Ankündigung hatte der reaktionäre IGM-Apparat 2 DM Beitrag mehr kassiert. Auf deutsch nennt man so etwas schlicht Diebstahl.



2 DM Beitragserhöhung – werden Klöcker und Co. gewiß sagen – daran verhungert keiner. Sicherlich nicht. Aber die Frage ist doch, wofür wir mehr Beitrag zahlen. Milliarden hat der DGB-Apparat uns im Laufe der Zeit abgeknöpft, und sich damit zu einem der größten Kapitalisten gemacht. Bank für Gemeinwirtschaft, Neue Heimat, COOP – dafür noch mehr zahlen? Man sehe sich nur einmal die DGB-Büropaläste an, die Gehälter, die sie sich von unserem Geld in die Tasche stecken. Nein, der DGB-Apparat ist nicht unser Kampforgan! Was macht er unter dem Deckmantel der Interessenvertretung der Arbeiter? Lohnraubabschlüsse, Zustimmung zu Kündigungen, schwere Unterdrückung fortschrittlicher und klassenkämpferischer Kollegen – das ist das wahre Gesicht des reaktionären DGB-Apparates: Er läßt sich nicht für die Arbeiterklasse gewinnen, er muß bekämpft und isoliert werden, er ist ein Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse.

Aber Millionen Kollegen sind im DGB organisiert, mit denen wir uns zusammenschließen müssen. Deshalb kann der Weg nicht sein, die Mitgliedsbücher hinzuschmeißen. Wir müssen vielmehr den reaktionären Einfluß des DGB-Apparates in unseren Reihen bekämpfen und ihn isolieren, d.h. im DGB eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen und die Kollegen innerhalb und außerhalb des DGB auf revolutionärer Grundlage gegen den Apparat zusammenschließen.

Um die Beitragserhöhung zu bekämpfen, müssen wir geschlossen die Zahlung des erhöhten Beitrags verweigern. Wir dürfen es nicht hinnehmen, uns einfach 2 DM soeben mal stehlen zu lassen. Diskutiert mit den anderen Kollegen darüber.

Kriegsgeschichte des Hauses Siemens

Auszüge aus der „Kriegsgeschichte des Hauses Siemens", die in einer der letzten Ausgaben des „Roten Lautsprechers", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Siemens-Westberlin veröffentlicht wurde:



So war es im Frühjahr 1917 u. a. Carl Fr. von Siemens, der, unmittelbar nach der Februar-Revolution in Rußland, dem Reichskanzler ein Gutachten vorlegte, in dem die Annexion und die deutsche Besiedlung der zu jener Zeit von deutschen Truppen besetzten Ostgebiete gefordert wurde. Und 1922 noch wurde der erste Weltkrieg in den „Siemens-Mitteilungen" (Nr. 44/1922) als „reinigendes Stahlgewitter" gefeiert und gegen die anderen Völker eine wütende Hetzkampagne geführt. Mit aller Kraft hat sich Siemens gegen die Kämpfe des Proletariats gestemmt, dem System von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg ein für allemal eine Ende zu bereiten. . . .

Siemens gehörte . . . auch zu jenen, die Hitler in den Sattel hoben. 1931 zum Beispiel wurde C. F. v. Siemens als Vertreter des deutschen Monopolkapitals in die USA geschickt, um dort in einer Rede bei General-Electric für Hitler zu werben. In dieser Rede (v. 27. 10. 1931) erklärte er, nur die NSDAP könne die „bolschewistische Gefahr" erfolgreich bekämpfen.

Am 6. November 1932 forderte der gleiche C. F. v. Siemens zusammen mit Krupp, Thyssen usw. in einem Schreiben an Hindenburg, Hitler die Regierungsgeschäfte zu übergeben, dem Mann also, den diese Herren seit Jahren finanziert hatten, um ihre verbrecherischen Ziele durchsetzen zu können.

1933 holte Hitler nach der Machtübernahme Carl Friedrich von Siemens in den „Generalrat der deutschen Wirtschaft", eine Einrichtung zur Festlegung der einzelnen wirtschaftlichen und politischen Schritte, die zur Erreichung der Ziele des deutschen Imperialismus führen sollten.

Über das Jahr 1933 weiß die „Geschichte des Hauses Siemens" zu berichten, daß „eine Fülle neuer Aufgaben" auf den Konzern zukam. . . . Zu den Aufgaben gehörte auch die „Arisierung" der deutschen Wirtschaft. Denn die Herren des deutschen Finanzkapitals verschmähten es nicht, Banken, Industriebetriebe, Handelshäuser sich einzuverleiben, deren Besitzer von den Nazis außer Landes gejagt oder irgendwo zu Tode gefoltert wurden. Jüdisches Blut verwandelte sich in „arisches" Gold! Auf diesem Wege kaperte Siemens aus jüdischem Besitz u. a. das Kabelwerk Cassierer und die Heliowarr-Werke in Berlin.

Zu den „neuen Aufgaben" gehörte aber auch die direkte Unterstützung der Faschisten bei ihren Raubzügen. Die Siemens-Auslandsgesellschaften waren bereits in den ersten Jahren der faschistischen Herrschaft in Deutschland geheime Stützpunkte der Nazi-Partei und der Gestapo. Über ein solches Netz von Verbindungen und Stützpunkten wurden die faschistischen Organisationen mit Waffen und Instruktionen beliefert. Wo auch immer die Kolonnen der faschistischen deutschen Wehrmacht andere Länder überfielen – Siemens war dabei!

Die Kriegsrüstung brachte enorme Profite. Siemens rüstete den Gesamtkonzern total auf Rüstung um.

Jedes Kriegsjahr bedeutete mehr Macht – mehr Reichtum! Mit faschistischem Zwang verschärfte Siemens die Ausbeutung der Arbeiter. 60 Wochenstunden für Männer – 48 Wochenstunden für Frauen. Die stets, in nie gekanntem Umfang steigenden Profite, infolge der Kriegspolitik der deutschen Faschisten ließen Siemens frohlocken. Als 1940 der lange schon ins Auge gefaßte Überfall auf die damals noch sozialistische Sowjetunion erfolgte, heißt es in den „Siemens-Mitteilungen" dazu: **„Uns alle erfüllt es mit Stolz, daß wir nach dem siegreichen Kampf der Waffen, den neuen Zug deutschen Schaffens gen Ostland einleiten dürfen."** (Nr. 210/1940).

Dieser Zug war ein barbarischer Raubzug, der mehr als 20 Millionen Sowjetbürgern das Leben kostete. An der Sowjetunion vor allem wollten sich die Faschisten und ihre Hintermänner vom deutschen Finanzkapital schadlos halten. Zu diesem Zweck wurden die „Siemens-Ostland-GmbH" in Riga und die „Siemens-Ukraine-GmbH" in Kiew ins Leben gerufen. Elektrotechnische Werke wurden den Siemens-Betrieben direkt angegliedert und die Bevölkerung der besetzten Gebiete wurde von den faschistischen deutschen Besatzertruppen zur Arbeit in diesen Betrieben gezwungen.

Der größte Teil der Bodenschätze und Produktionsstätten in den besetzten Gebieten wurde ausgeplündert und Maschinen und technische Einrichtungen nach Deutschland geschafft. In den besetzten Ländern wurden systematisch Männer, Frauen und Kinder verschleppt und als Sklavenarbeiter eingesetzt. Einige zehntausend solcher Zwangsarbeiter – Tschechen, Franzosen, Belgier, Holländer, Polen, Sowjetbürger, Jugoslawen, Griechen, Albaner – schufteten unter unmenschlichen Bedingungen für den Profit von Siemens und der anderen deutschen Monopole.

45 Millionen Tote, 90 Millionen Verwundete und Krüppel, Trümmer, Hunger und Elend – das war der Preis, den die Völker zahlen mußten, weil die deutschen Imperialisten, die Krupp, Thyssen, Siemens usw., die eigentlichen Drahtzieher des Hitlerfaschismus, in ihrer skrupellosen Profitgier zur Weltherrschaft griffen, um durch die Ausplünderung der Reichtümer anderer Länder und die Ausbeutung anderer Völker noch größere Profite zu machen. Jede imperialistische Macht wünscht sich die Vormachtstellung in der Welt und sobald sich eine Macht stark genug fühlt, setzt sie diesen Wunsch in die Tat um – mit Gewalt, mit Krieg. Solange es Imperialismus gibt, wird es auch imperialistische Raubzüge geben. Und die deutschen Imperialisten, Siemens inbegriffen, haben ihr Wesen nicht geändert. Wenn es um die Neuaufteilung der Welt geht, werden sie sich einer Räuberkoalition zugesellen.

Zur Einheit der Marxisten-Leninisten

Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Aust vom 2. 10. in Westberlin

Mit einer Veranstaltung in Westberlin am 2. Oktober fand die Veranstaltungsreihe der Partei „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" ihren Abschluß. Alleine die Veranstaltungen, auf denen Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei,sprach, wurden von weit über 2 000 Menschen besucht. Bei fast allen – auch den kleineren Veranstaltungen – konnte man feststellen, daß unter den Versammlungsteilnehmern sehr viele Kollegen waren, die – aufmerksam geworden durch das Lesen der Grundsatzerklärung der Partei – zum ersten Mal eine kommunistische Veranstaltung besuchten. Sie zeigten zum Teil offen ihre Begeisterung, wie etwa bei der Veranstaltung in Westberlin, wo Genosse Ernst Aust nach der Veranstaltung von mehreren Besuchern angesprochen wurde, die ihm sagten, wie sehr sie sich über die Veranstaltung gefreut hätten.

Auf der Veranstaltung in Westberlin, der Stadt, in der Genosse Ernst Aust vor einem Jahr eine wichtige Rede zum Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten gehalten hatte, ging er diesmal noch einmal ausführlich auf dieses Thema ein. Wir drucken diesen Teil seiner Rede im folgenden ab.

Liebe Freunde, Genossen,

laßt mich an dieser Stelle noch einige Worte zum Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten sagen. Wie ihr wißt, ist es jetzt etwas über ein Jahr her, als ich hier in Westberlin in einer Rede sagte:

„Stellen wir als ersten Schritt jede unsachliche, prinzipienlose Polemik gegeneinander ein. Beginnen wir die Diskussion um noch zu klärende Fragen mit dem Ziel der Einheit. Der Einheit auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen. Der Einheit in der bolschewistischen Partei des Proletariats. Heute aber steht uns die GRF(KPD) politisch am nächsten."

Steht sie das wirklich noch? Ich glaube nicht. Denn je mehr, je klarer wir ihre opportunistische Linie der Klassenkapitulation, der Klassenversöhnung und des Sozialchauvinismus entlarvten, desto hektischer reagieren sie. Anstatt in einer ernsthaften bolschewistischen Selbstkritik die Ursachen für diese Fehler aufzudecken, flüchteten sie sich zunehmend in ihr altbekanntes kleinbürgerliches Gezänk und Gezeter, ihr Intrigantentum, ihre Arroganz, Verleumdung und Lügerei.

Ich kann alle Genossen und Sympathisanten unserer Partei – und es sind ja in ihrer großen Mehrheit Arbeiter und untere Angestellte – völlig verstehen, wenn ihnen angesichts dieses Verhaltens des bürgerlichen Hauptquartiers in der GRF der kalte Kaffee hochkommt. Wenn sie erleben, wie bei Absprachen zu Aktionseinheiten die Gruppe Rote Fahne in schöner Regelmäßigkeit alle getroffenen Vereinbarungen bricht. Wie ihre Redner garantiert die festgesetzte Redezeit überschreiten usw. usf.

Wie wenig ernst es ihnen mit ihrem Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr ist, zeigte sich anschaulich am diesjährigen Antikriegstag, als sie sowohl in Hamburg als auch in NRW zu den vereinbarten gemeinsamen Demonstrationen lediglich mit kleinen Abordnungen erschienen und außer dem Verkauf der „Roten Fahne" am Straßenrand uns die gesamte Agitation, Propaganda und Vorbereitung überließen. Oder sollten sie inzwischen schon so geschrumpft sein? Aber nein, das kann ja nicht sein, da es ihnen immerhin gelang, zu ihrer, im Gegensatz zum Roten Antikriegstag „so wichtigen" zentralen Wahlveranstaltung in Köln so an die zwei- bis dreitausend Mitglieder und Sympathisanten aus dem Bundesgebiet zusammenzukarren.

Ich kann den proletarischen Zorn aller Genossen verstehen, die erleben müssen, in welch arroganter, überheblicher Form die intellektuellen Schreier der GRF unsere Veranstaltungen, auf denen wir uns mit den Werktätigen unterhalten, ihnen unsere Ziele erklären wollen, zu stören und sogar zu sprengen versuchen. Wie sie mit Lügen und aus dem Zusammenhang gerissenen, falsch angewandten Klassikerzitaten ihre bürgerliche Linie zu verbreiten suchen. Und das Ganze nennen diese Witzbolde auch noch ideologischen Kampf.

Sie müßten doch volles Verständnis dafür haben, wenn im harten Kampf zweier Linien ein proletarischer Genosse wie Hanfried Brenner mal aus der Rolle fällt (wobei sie ihm Dinge unterstellen gesagt zu haben „dieses Schwein müßte man auf der Stelle totschießen", die frei erfunden sind). Doch selbst wenn er dies gesagt hätte, wie schreiben sie selbst in ihrem Reisebericht über China zum Kampf zweier Linien?

„Dabei bedienen sich die werktätigen Massen oft einer sehr kräftigen und polemischen Sprache. In Changsha z.B. wurde heftige Kritik an Mitgliedern des Revolutionskomitees geübt, die sich in Parolen wie: Setzt sie ab! Erschießt sie! usw. ausdrückte."

Intellektuelle Überheblichkeit und Arroganz

Das hat sie sicher sehr erschreckt, diese kleinbürgerlichen GRF-Intellektuellen, aber in der VR China gibt es ja nicht nur diese „brutalen" werktätigen Massen, sondern auch Intellektuelle, wie sie meinen, wie sie. So schreiben sie in ihrem „Bericht über die Reise der Delegation des Verlages Rote Fahne in die Volksrepublik China", der dem 2. Plenum des ZK der KPD vorgelegt wurde, bezüglich ihrer Dolmetscherin, der Genossin H.: „Für die Herstellung so freundschaftlicher Beziehungen" spielte sicher eine Rolle, daß die Genossin eine „Parteiintellektuelle ist".

Wie überhaupt, wörtlich: „Die KP Chinas ist ausschließlich von Intellektuellen gegründet worden und bestand in den ersten drei, vier Jahren auch fast nur aus Intellektuellen ... Von daher gesehen war es z.B. gar nicht verwunderlich, daß der Genosse der Freundschaftsgesellschaft u.a. fragte, ob es denn in unserer Partei auch schon Arbeiter gebe."

Da kann man richtig die Freude der GRF-Genossen nachempfinden, daß sie melden konnten, wir haben schon welche. Und die chinesischen Genossen? „Sie waren offensichtlich von der Tatsache beeindruckt."

Wer hätte das gedacht, die chinesischen Genossen können sich laut GRF gar nicht vorstellen, daß es in den kommunistischen, den marxistisch-leninistischen Parteien Europas Arbeiter gibt, geschweige denn, daß ihre Gründung, wie die unserer Partei, der KPD/ML, von Arbeitern vorbereitet und vollzogen wurde (was nicht heißt, daß an der Gründung nicht auch Intellektuelle beteiligt waren). Sie sind laut dem Bericht der GRF überhaupt etwas dumm, die chinesischen Genossen. Sogar die Genossin H., obwohl sie „Parteiintellektuelle ist" und „in der ZK-Abteilung arbeitet, was uns (den GRF-Genossen) angesichts ... ihres Grinsens ... schon vorher klar geworden war."

Ihr überragender Intellekt und ihre „scharfe Beobachtungsgabe" wurde den Genossen der GRF-Delegation auch von „den chinesischen Genossen bestätigt" und zwar anläßlich eines Vortrages vor den Mitarbeitern von Guozi Shudian, an dem Mitglieder der ZK-Abteilung teilnehmen wollten.

Woran sie diese erkannten, die Genossen der GRF?:

„Allerdings wurde für uns schnell klar, welches das ZK-Abteilungsmitglied war, denn diese ältere Genossin saß wie die anderen Ranghöchsten auf einem der sechs Sessel und wurde mit besonderer Achtung behandelt."

Da kann man mal sehen, wie einfach es ist, in der VR China ein ZK-Abteilungsmitglied zu erkennen, man braucht nur auf die Sessel zu achten. Ansonsten machten sich die GRF-Genossen wie ZK-Mitglied W. S. anheischig, die Bildungslücken „sowohl der Genossin H. als auch einer anderen Übersetzerin" zu füllen. „Deutlich war, daß sie Schwierigkeiten hatten, die Begriffe ‚allgemeine Krise des Kapitalismus', ‚Krise' und ‚revolutionäre Krise' auseinanderzuhalten." Da mußten erst die GRF-Genossen aus der Bundesrepublik kommen, um ihnen diesen Unterschied zu erklären. Auch mit dem Begriff „Volksdemokratie", den die chinesischen Genossen offenbar im marxistisch-leninistischen Sinn verstanden, gab es Schwierigkeiten. Wäre der Genosse W.S. nicht gewesen, die chinesischen Genossen wüßten immer noch nichts von seiner schöpferischen Weiterentwicklung, wie sie sich auch über den Begriff „Supermächte" von dem Genossen W.S. belehren lassen mußten:

„Ich erklärte ihr (der Genossin H.), daß wir den Begriff ‚Supermächte' auch benutzen, daß wir aber lieber den Begriff ‚imperialistische Hauptmächte' verwenden, um deutlich zu machen, daß es sich um imperialistische Mächte handle und nicht um Phänomene, die außerhalb der Leninschen Imperialismus-Theorie angesiedelt seien. Der Begriff ‚Supermächte', der auch in der bürgerlichen Geopolitik und von jedem bürgerlichen Journalisten verwendet werde, mache das nicht ausreichend deutlich."

Mit Lüge und Verleumdung gegen die Partei der Arbeit Albaniens ...

Genossinnen und Genossen,

warum ich hier so ausführlich auf dieses GRF-Dokument eingehe? Weil es anschaulich zeigt, wes Geistes Kind diese Leute sind, die sich in ihrer intellektuellen Überheblichkeit für den Mittelpunkt der marxistisch-leninistischen Weltbewegung, zu der sie gar nicht gehören, halten. Lebten wir in einem sozialistischen Land, wir würden sie zur Umerziehung für zehn Jahre ins Bergwerk schicken, hier aber bleibt uns nichts anderes übrig, als sie zu erdulden. Daß sie zu keiner ehrlichen Selbstkritik auch nur im Ansatz fähig sind, liegt auf der Hand.

Natürlich wurde die KP Chinas von Intellektuellen gegründet. Wer sonst in diesem riesigen Land konnte denn überhaupt lesen und schreiben, wer sich die marxistisch-leninistische Lehre aneignen und sie in die Massen tragen? Wer aber griff diese Lehre sofort begierig auf, saugte sie auf wie ein Schwamm? Das waren die Arbeiter, die Bauernmassen Chinas.

Die Rolle, die die Intellektuellen in kolonialen und halbkolonialen, in unterentwickelten Ländern spielen, deren Bevölkerung in ihrer Masse nicht lesen und schreiben kann, ist in ihrer Hauptseite eine andere, als die in industrialisierten Staaten. In den kolonialen und halbkolonialen Ländern fühlt sich die Mehrheit der Intellektuellen ihrem Volk im Kampf gegen Hunger und Armut, gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch ausländische imperialistische Mächte verbunden, obwohl auch von ihnen nur ein kleiner Teil konsequent seine Klasse verrät, die führende Rolle der Arbeiterklasse vorbehaltlos anerkennt und Kommunist wird. In den imperialistischen Ländern steht ein Teil der Intellektuellen offen auf Seiten der Bourgeoisie, während die Mehrheit zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse schwankt und gerade in für das Proletariat schwierigen Situationen eher zur Bourgeoisie neigt. Wir haben hier natürlich nicht jene Intelligenz im Auge, die sich bereits von ihrer Klasse lossagt und in den Reihen der KPD/ML kämpft. Solche Intellektuellen aber sind nur eine Ausnahme, sie sind „weiße Raben".

Wo Überheblichkeit und Arroganz angesiedelt sind, dürfen natürlich auch die Verleumdung und Lüge nicht fehlen. Diese richtet sich naturgemäß ihrer Rolle als berufsmäßige Spalter gegen die Partei der Arbeit Albaniens, die sie gegen die KP Chinas auszuspielen versuchen und gegen unsere Partei. Wörtlich in ihrem Delegationsbericht:

„Anknüpfend an das Stichwort ‚Beratung zwischen verschiedenen Parteien' führte ich weiter aus, daß für uns angesichts der Klassenkämpfe in Westeuropa, der Politik der EG-Staaten der Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten ein besonders vordringliches Problem sei. Die Lösung sei aber deshalb sehr kompliziert, weil die albanischen Genossen sich in ihrem Tirana-Zusammenschluß auf eine Reihe von Parteien und Organisationen festgelegt hätten, die hoffnungslose Sekten seien, an deren Unterstützung sie aber (mangels ausreichender Kenntnisse der Praxis der Parteien) festhielten."

Das muß man zweimal lesen. Dieselben GRF-Führer, die bei dem Versuch der Gründung einer viereinhalbten Internationale elend Schiffbruch erlitten, gehen her und verleumden die PAA gegenüber den chinesischen Genossen, indem sie behaupten, die albanischen Genossen, die beispielhaft die wahren Marxisten-Leninisten unterstützen und die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung fördern, seien für die Schwierigkeiten beim Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten verantwortlich, seien nicht in der Lage, die Praxis der marxistisch-leninistischen Parteien Europas einzuschätzen.

Offenbar gehen die GRF-Führer bei der Beurteilung, was eine marxistisch-leninistische Partei ist, allein von deren Stärke und Aktivität aus, nach dem Motto von Bernstein „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts". Demzufolge aber wäre in Westdeutschland die D„K"P die marxistisch-leninistische Partei, da ihre Mitgliederzahl wie ihre Aktivität die anderer sich kommunistisch nennender Organisationen heute noch weit übertrifft.

Unsere Haltung in dieser Frage, in der Frage, welches in anderen Ländern, in denen die kommunistischen Parteien revisionistisch entartet sind, unsere marxistisch-leninistischen Bruderparteien sind, ist völlig klar. Es sind die Organisationen, die als erste in ihrem Land den Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten aufnahmen, die in der Hauptseite eine korrekte marxistisch-leninistische Politik verfolgen, die über ein Zentralorgan verfügen und im Landesmaßstab or-

Fortsetzung auf Seite 7



Genosse Ernst Aust wird mit einem Strauß roter Nelken von einer Genossin aus Westberlin auf der Veranstaltung zur Grundsatzerklärung der KPD/ML begrüßt

Zur Einheit der Marxisten-Leninisten

Fortsetzung von Seite 6

ganisiert sind und arbeiten. Sie unterstützen wir vorbehaltlos und lehnen jeden Kontakt zu anderen Organisationen in dem betreffenden Land ab, da diese keinesfalls marxistisch-leninistische Organisationen sein können, denn wären sie das, hätten sie sich der bestehenden marxistisch-leninistischen Partei angeschlossen und in ihren Reihen den Kampf für eine korrekte Politik geführt. Dazu ist natürlich notwendig, daß in diesen Parteien das Prinzip des demokratischen Zentralismus existiert. Kompliziert wird es dort, wo diese Voraussetzung nicht vorhanden ist und die Partei nur aus einem 1-2mal im Jahr erscheinenden Zentralorgan besteht.

Dennoch ändert das nichts an unserer grundsätzlichen Haltung. Und auch wenn es zu einer Bruderpartei einmal unterschiedliche Auffassungen gibt, so tragen wir das nicht an die Öffentlichkeit, sondern diskutieren dies in kameradschaftlichem Gespräch als Genossen zu Genossen. Absolut unzulässig ist es, daß eine Bruderpartei sich über die andere stellt. Ob groß oder klein, sie sind gleichberechtigt. Erst dann, wenn eine Partei in ihrer Linie auf den modernen Revisionismus eingeschwenkt und bürgerlich entartet ist, würden wir die Beziehungen abbrechen.

Ausgehend von diesen Prinzipien sind wir der Meinung, daß es in einem Land nur eine marxistisch-leninistische, nur eine Vorhutpartei des Proletariats, keinesfalls aber zwei, drei oder auch vier geben kann. Wer aber in unserem Land die Mühe der Analyse der Gründung, Entwicklung und der politischen Linie der einzelnen sich kommunistisch oder marxistisch-leninistisch nennenden Organisationen scheut und der Einfachheit halber alle, die sich so nennen, zu marxistisch-leninistischen Organisationen erklärt, mit denen man sich verbünden muß, der trägt in der Praxis nicht zur Einheit der Marxisten-Leninisten, sondern zu ihrer Zersplitterung und damit zur Stärkung des modernen Revisionismus bei.

... und gegen die KPD/ML

Aber zurück zu „unseren Genossen“ der GRF. Wer wollte es ihnen verübeln: wenn schon in China, dann aber eine kräftige Verleumdung gegen die KPD/ML. Nun, wir sind Kummer gewohnt und wissen, daß sie nicht die ersten und auch nicht die letzten Verleumder sein werden. Natürlich ärgerte es sie, „daß in der Hotelhalle des Pekinger Hotels ... der ‚Rote Morgen' ausgelegt war“. Deshalb „ging U. am Abend nach dem Abschiedsbankett ... noch einmal auf diese Frage ein. Er sagte ganz unverblümt, daß es ihn ärgere, daß hier der ‚Rote Morgen' ausgelegt würde. W. fügte hinzu, daß U. als dem Vertriebsverantwortlichen für die RF heute morgen das Frühstücksei im Hals steckengeblieben sei, als er plötzlich den Ro Mo in der Vitrine gesehen habe.“

Und diese Leute sprechen von der Einheit der Marxisten-Leninisten, werfen uns vor, daß wir sie nicht wollten, weil wir ihnen eine Denkpause zur Selbstbesinnung empfahlen. Sie schreien nach Einheit und sagen, der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten verlange verantwortungsbewußtes und entschiedenes Handeln. Phrasen!

Wir halten es da mit Engels, der in einem Brief an Bebel im Jahre 1873 sagte: „Man muß sich durch das Geschrei nach ‚Einigung' nicht beirren lassen. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter ...“ Es sind „die größten Sektierer und die größten Krakeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier.“

Wie wahr, wenn man liest, was diese Krakeler über unsere Partei in China verlauten ließen: „Was die KPD/ML betrifft, so hatte W. in seinem Vortrag einerseits die Buchgläubigkeit und das ‚linke' Sektierertum dieser Organisation, andererseits die Geschichte der unendlichen Spaltungen dieser Organisation hervorgehoben und zusammenfassend gesagt, daß diese Organisation längst vom Erdboden verschwunden wäre, wenn sie nicht die offizielle Anerkennung und Unterstützung der PAA genösse.“

„Buchgläubigkeit und ‚linkes' Sektierertum“ – wir sind stolz darauf, es aus dem Munde der GRF zu hören, denn es besagt nichts anderes, als daß wir, im Gegensatz zu dieser zwischen Trotzkismus, Revisionismus und Klassenkapitulantentum schwankenden Organisation, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus hochhielten. Und die diversen Spaltungen? Wir haben im Gegensatz zu anderen sich kommunistisch nennenden Organisationen nie einen Hehl daraus gemacht, daß es bei uns einen Kampf zweier Linien gab und auch gibt, wobei die Partei sich inzwischen ideologisch so gefestigt hat, daß opportunistische Strömungen keine Massenbasis mehr finden können.



Begeistert wurde die Rede des Genossen Ernst Aust von den Genossen und Freunden aufgenommen. Vom AP-Trupp wurde eine Aufführung vorgeführt und eine Reihe revolutionärer Lieder vorgetragen.

Der erste fand bereits vor der Gründung der Partei statt und drehte sich um die Frage, soll man den Verrat der modernen Revisionisten mit der Gründung einer neuen marxistisch-leninistischen Vorhutpartei beantworten oder nicht. Der zweite entzündete sich an der Frage, ist der ideologische Parteiaufbau vorrangig, geht es darum, die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen oder ist die Partei bereits in der Lage, die Millionenmassen zu führen. Der dritte, der zur Abspaltung der Liquidatoren führte, hatte zum Inhalt, ist die Partei die Vorhutorganisation der Arbeiterklasse oder ein Intellektuellenklüngel, ist das Statut der Partei maßgebend oder kann jeder machen, wozu er lustig ist, einschließlich der Liquidierung der Partei. Der vierte, dem bereits die Massenbasis in der Partei fehlte, ging aus von der Fraktion der Rechten im ZK, die unter „linken“ Phrasen und Geschimpfe versuchte, eine rechte Politik durchzuführen. Das aber ist nun bereits über drei Jahre her.

Was die Behauptung betrifft, wir wären längst vom Erdboden verschwunden, wenn wir nicht die offizielle Anerkennung der PAA genössen, so richtet sie sich selbst. Wer hat die Partei aufgebaut, die PAA? Wer hat über hundert Betriebszeitungen und Betriebsparteizellen geschaffen, die PAA? Wer hat die politische Linie der Partei, ihre Grundsatzerklärung ausgearbeitet, die PAA? Natürlich ist die Partei der Arbeit Albaniens unsere marxistisch-leninistische Bruderpartei, von deren Erfahrungen wir lernen, der wir uns zutiefst verbunden fühlen. Und es wird den Albanienreisenden der GRF nicht gelingen, einen Keil zwischen uns und sie zu treiben, auch wenn sie die albanischen Genossen mit der Behauptung „aufzuklären“ versuchen, ich sei ein Agent der Bourgeoisie bzw. der modernen Revisionisten.

Was allerdings zutrifft, ist, daß die Gruppe Rote Fahne nicht mehr existieren würde, hätte sie sich nicht den Namen der KPD angemaßt.

Diese studentischen Hochstapler, von denen kein einziger in der KPD kämpfte, die sich den Marxismus-Leninismus bis dahin nur in Fragmenten angeeignet hatten, hatten die Stirn, sich zur Nachfolgeorganisation der KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns zu erklären. Mit dem Namen der KPD gehen sie auf Stimmenfang, damit rechnend, daß es viele – vor allem ältere Arbeiter – gibt, bei denen dieser Name noch einen guten Klang hat.

Nun, wir können sie nicht daran hindern, sich dieses Namens zu bedienen. Was die Sache aber so schlimm macht, ist die Tatsache, daß sie unter diesem Namen eine durch und durch opportunistische Politik verbreiten, eine Politik, die in ihrer Konsequenz auf die chauvinistischen Positionen der Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg führt.

Wer hat hier einen „opportunistischen Linienschwenk“ vollzogen?

Genossinnen und Genossen, sicher kennt ihr den „Offenen Brief an die Mitglieder und Sympathisanten der KPD/ML“, in dem die GRF-Führer den vergeblichen Versuch unternehmen, einen Keil zwischen die Basis unserer Partei und ihre Führung zu treiben. Diese Illusionisten! Was haben sie für eine Ahnung von der bolschewistischen Geschlossenheit unserer Reihen! Sie schließen offensichtlich immer von sich auf andere.

Sicher, auch bei uns gibt es hin und wieder Opportunisten und Kleingläubige, die die Partei verlassen; Fraktionisten, Karrieristen, Doppelzüngler und andere üble Elemente, die wir rücksichtslos hinaussäubern. Wenn die GRF sie unbesehen aufnimmt, um so besser, das wird den Zersetzungsprozeß in ihren eigenen Reihen beschleunigen. Wir halten es nicht mit der von ihnen hier in Westberlin und anderswo geübten Praxis, Mitglieder und Sympathisanten, die sich einer anderen Organisation anschließen wollen, zu terrorisieren und zusammenzuschlagen. Wir sind mit dem Genossen Mao Tsetung der Meinung, daß, wenn Menschen sich organisieren wollen, dies zutiefst freiwillig geschehen muß. Dies gilt für die Massenorganisationen und erst recht für die Partei. Niemals werden wir, wie es in den sich kommunistisch nennenden Zirkeln des öfteren üblich ist, unseren Mitgliedern verbieten, Zeitschriften und Broschüren anderer Organisationen zu lesen. Im Gegenteil, es muß unsere Aufgabe sein, die Genossen und Mitglieder unserer Partei ideologisch so zu erziehen, daß sie in der Lage sind, sich selbständig ein eigenes, marxistisch-leninistisches Urteil zu bilden.

Das Kreuz bei den Genossen der GRF ist, daß sie nicht lesen, daß viele von ihnen das ungeprüft nachplappern, was ihre Führung sagt. Denn hätten sie aufmerksam unsere Broschüre „Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden“ gelesen, sie hätten sich geweigert, ihren sogenannten „Offenen Brief“ zu verteilen. Die Genossen brauchten nur die Argumentation und den Stil unserer Broschüre mit ihrem „Offenen Brief“ zu vergleichen, um festzustellen, wer hier verleumdet, wer hier „mit Dreck wirft“, wer hier eine „Verleumdungs- und Dreckslinie“ hat.

Es ist schon so, wie Lenin sagt: **„Das Geschimpfe verhüllt in der Politik nicht selten die völlige Prinzipienlosigkeit und Hilflosigkeit, die wütende Ohnmacht des Schimpfenden.“**

Sehen wir einmal von ihrem Gejammer über unsere Nicht-Teilnahme mit Kandidaten an den bürgerlichen Wahlen und unseren Aufruf zum Wahlboykott ab, so reduziert sich ihr Vorwurf in dem „Offenen Brief“ auf die Behauptung, wir hätten Anfang des Jahres einen „opportunistischen Linienschwenk“ vollzogen und damit der Einheit der Marxisten-Leninisten ein schweres Hemmnis in den Weg gelegt.

Lassen wir den Unsinn, wir seien gegen die Herstellung einer internationalen Einheitsfront gegen die Supermächte etc. einmal beiseite – man mag unsere Grundsatzerklärung lesen – **so verbleibt zwischen ihnen und uns doch ein grundlegender Widerspruch und zwar in der Frage, wer ist der Hauptfeind der Werktätigen in der Deutschen Bundesrepublik und in Westberlin?** Sie werfen uns vor:

„Heute ist in ihren Augen wieder die westdeutsche Monopolbourgeoisie der Hauptfeind und nicht der sowjetische Sozialimperialismus, der in Wahrheit der Hauptfeind des ganzen deutschen Volkes ist.“ Und an anderer Stelle: „Der sowjetische Sozialimperialismus ist der Hauptfeind der Völker Europas und des deutschen Volkes.“

Wer hat hier einen „opportunistischen Linienschwenk“ vollzogen? Lesen wir doch dazu einmal die entsprechende Stelle aus ihrem Bericht über die China-Reise. Da heißt es: „Was die Bedrohung durch die sowjetischen Sozialimperialisten betreffe, so seien auch wir der Meinung, daß die Widersprüche zwischen dem Sozialimperialismus und dem USA-Imperialismus sich in Europa zuspitzen würden und das militärische Potential des Warschauer Paktes größer sei als das der NATO. Trotzdem würden wir die militärische Bedrohung durch die Sozialimperialisten nicht als unmittelbar gegeben ansehen. Wäre das der Fall, dann stünde die Frage der Anti-Breschnew-Koalition auf der Tagesordnung ... Aus diesem Grunde würden wir die westdeutsche Monopolbourgeoisie als unseren Hauptfeind betrachten und bekämpfen ... Gleichzeitig würden wir keine Gelegenheit auslassen, politisch gegen die beiden imperialistischen Hauptmächte zu mobilisieren (was auch heißt, die Massen auf eine mögliche militärische Aggression seitens der Sozialimperialisten oder der US-Imperialisten vorzubereiten).“

Soweit die GRF. Sehen wir einmal davon ab, daß es nicht nur notwendig ist, politisch gegen die beiden Supermächte zu mobilisieren, sondern auch dort, wo es möglich ist, ganz praktisch durch Aktionen den Kampf gegen sie zu führen, stimmen wir hier in der Bestimmung des Hauptfeindes für Westdeutschland mit der GRF überein. Und doch ist in diesem Absatz schon der ganze heutige „opportunistische Linienschwenk“, das Klassenkapitulantentum und der Revisionismus der GRF-Führung angelegt. Denn offenbar geht sie heute davon aus, daß eine unmittelbare militärische Bedrohung durch die Sozialimperialisten gegeben ist. Damit hat sie in dem Sinne, daß das Ringen der beiden Supermächte um Hegemonie, um Weltherrschaft jederzeit zum Ausbruch eines Krieges führen kann und daß es heute die sowjetische Supermacht ist, die besonders aggressiv wie der Hitlerfaschismus auf Neuaufteilung der Welt drängt, auch recht. Doch was folgert daraus? Eine solche Situation hat es seit dem Bestehen des Imperialismus, seit der Zeit, da die Welt unter einige Großmächte aufgeteilt war, mehr oder minder zugespitzt, immer gegeben. Immer war es eine oder eine Koalition von Großmächten, die ihren Besitzstand, ihre Einflußsphären, Rohstoffquellen, Absatzmärkte zu verteidigen suchte und eine andere, die ihr diese streitig machte. Der Krieg war immer nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Was schlußfolgert nun die GRF-Führung daraus? Die Notwendigkeit der Errichtung einer Anti-Breschnew-Koalition. Was versteht sie darunter? Offensichtlich den Zusammenschluß, die Einheitsfront aller, der Monopolbourgeoisie und Arbeiterklasse, gegen die neuen Zaren im Kreml. Das geht schon zum Beispiel aus der Führung ihres Wahlkampfes hervor. Sie greift die westdeutsche Monopolbourgeoisie und ihre SPD/FDP-Regierung nicht etwa an, weil sie eben die herrschende Ausbeuterklasse ist und die Regierung ihr ausführendes Organ zu unserer Unterdrückung, sondern weil sie, im Gegensatz zu „einigen CDU-Politikern“, die „einen realistischeren Blick für die Hegemoniepläne der Sowjetunion“ haben, beiden Supermächten Vorschub leisten. Sie beschwert sich, daß man sie als „verfassungsfeindlich“ verteufelt, das sei ja wie bei Adenauer („Rote Fahne“ 7.7.76) und verlangt, daß man endlich die massive politische Unterdrückung gegen sie einstelle, wo sie doch auch gegen die SU sei.

Man fragt sich, warum sich dann eigentlich noch mit eigenen Kandidaten an den Bundestagswahlen beteiligen? Sollten sie doch so ehrlich sein wie die sogenannten „Frankfurter Marxisten-Leninisten“, die zur

Fortsetzung auf Seite 8

Zur Einheit der Marxisten-Leninisten

Fortsetzung von Seite 7

Wahl von „Realisten" wie Strauß und Dregger aufriefen. Die sind wenigstens konsequent, da weiß man, woran man ist.

Klassenkampf oder Klassenkapitulation?

Genossinnen und Genossen,
wir könnten über diese neue Art Browderismus angesichts des Einflusses der „Frankfurter Marxisten-Leninisten" und der GRF zur Tagesordnung übergehen, würde sich diese Bewegung auf die Bundesrepublik beschränken. Aber offensichtlich geht sie über die Grenzen hinaus und wird gestützt und gefördert durch Agenten des CIA. Wir haben vor nicht langer Zeit in einem Nachbarland gesehen, wohin in der Konsequenz solch eine Politik führt, als eine sich marxistisch-leninistisch nennende Organisation die streikenden Arbeiter eines Kommunalbetriebes aufforderte, ihren Streik einzustellen, weil dieser die eigene „nationale" Bourgeoisie gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus schwächen würde: zur Klassenkapitulation ohne Zweifel.

Nun, so weit geht die GRF-Führung nicht. Zur Zeit noch nicht. Und interessant ist, daß in dieser Frage des Hauptfeindes für Westdeutschland – für die DDR ist die Sache ja klar, dort sind es die russischen Sozialimperialisten – es offensichtlich einen Kampf zweier Linien in der Gruppe Rote Fahne gibt, daß in ihren Verlautbarungen richtige Sachen neben falschen stehen. So quasi zum Aussuchen, für jeden etwas. Nur ist das eben keine ernsthafte Politik.

Werden sich die Klassenkämpfe in Westeuropa verschärfen, was sicher ist, werden die modernen Revisionisten versuchen, sich an die Spitze dieser Kämpfe zu stellen, was sie bestimmt tun werden, so ist damit zu rechnen, daß diese GRF-Führer wie ihr Headman Vilar sich unter großem Gezeter vor die Arbeiterklasse hinstellen werden, um sie vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten, da dieser angeblich den modernen Revisionisten, den Sozialimperialisten, nütze, werden sie sich nicht scheuen, sich mit ihrer Monopolbourgeoisie, ja selbst mit ihren reaktionärsten faschistischen Vertretern zu verbünden.

Die grenzenlose Infamie dabei ist, daß sich diese Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse zur Begründung ihrer konterrevolutionären Tätigkeit auch noch auf die Volksrepublik China berufen. Was aber lehrte uns der Genosse Mao Tsetung für den Fall, daß sich die Klassenkämpfe verschärfen, die Massen in Bewegung geraten: **„Soll man sich an ihre Spitze stellen, um sie zu führen, soll man hinter ihnen hertrotten, um sie wildgestikulierend zu kritisieren oder soll man ihnen in den Weg treten, um gegen sie zu kämpfen?"**

Sollen wir bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe, bei einer Verstärkung des Strebens der Massen zum Sozialismus uns an die Rockschöße der Arbeiterklasse hängen, um diese vom Kampf abzuhalten, sollen wir das Feld den modernen Revisionisten überlassen oder sollen wir uns mutig an die Spitze des Kampfes stellen, uns immer besser und tiefer mit den Massen verbinden, sie auch in ihren Tageskämpfen unterstützen und führen, um sie dem Einfluß der modernen Revisionisten und Trotzkisten zu entziehen? Für einen Kommunisten liegt die Antwort auf der Hand.

Kämpft mit der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Genossinnen und Genossen,
es ist doch nicht so, daß wir uns von den modernen Revisionisten und Zirkeln dadurch unterscheiden, daß diese den Kampf um die täglichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Forderungen der Arbeiterklasse, der Werktätigen führen, und wir uns auf die Propagierung des Sozialismus beschränken. Nein, der Unterschied, der Gegensatz zu ihnen ist der, daß sie all diese Kämpfe im Rahmen der bürgerlichen Legalität, auf dem Boden des Grundgesetzes zu halten, vor allem ohne Gewalt zu führen versuchen, daß sie sie führen, um die werktätigen Massen vom revolutionären Kampf zum Sturz der herrschenden Klasse abzuhalten, während wir den Rahmen der bürgerlichen Legalität sprengen, diese Kämpfe in Angriffskämpfe auf die Bastionen der Bourgeoisie zu verwandeln trachten, während wir sie führen, nicht nur um die Erfüllung unserer Forderungen, sondern auch mit dem Ziel, den Kapitalismus zu schwächen und uns selbst für die proletarische Revolution, den unausweichlichen Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu stählen.

Wer aber, wie die GRF, das Führen all dieser Kämpfe als revisionistisch, als ökonomistisch bezeichnet, wer einzig und allein oder zumindest zum weit überwiegenden Teil die wachsende Kriegsgefahr in den Mittelpunkt seiner Politik stellt, der leugnet, daß die Haupttendenz in der heutigen Welt die Revolution und der Sieg des Sozialismus ist, der treibt, ob er will oder nicht, den modernen Revisionisten die Hasen in die Küche, indem er es zuläßt, daß sie sich an die Spitze der Kämpfe der Werktätigen stellen und damit ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung vergrößern; der unterstützt damit das Aggressionsstreben der russischen Sozialimperialisten, denen ihre revisionistischen Agenten in Westeuropa den Boden vorbereiten. Sicher, die Kriegsgefahr wächst, aber sollen wir deshalb wie gebannt auf die russischen Sozialimperialisten starren und den Völkern Westeuropas empfehlen, sich unter den atomaren „Schutzschirm" der US-imperialistischen Supermacht, die ebenfalls versucht, die Völker Westeuropas ihrem Einfluß und ihrer Kontrolle zu unterwerfen, zu begeben? Nein, **der Kriegsgefahr begegnen wir am besten dadurch, daß wir die Massen unter der Losung „Krieg den imperialistischen Kriegen" zum Kampf führen, daß wir versuchen, die Mehrheit der Arbeiterklasse unter unseren Einfluß zu bringen, daß wir die werktätigen Massen auf den Weg des revolutionären Kampfes zum Sturze der kapitalistischen Ausbeuterordnung führen. Indem wir die Massen zum revolutionären Kampf erziehen, versetzen wir sie gleichzeitig in die Lage, dem Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges den revolutionären Volkskrieg zum Sturz jeglicher Ausbeuterordnung entgegenzusetzen.**

Genossinnen und Genossen,
ich möchte hier nicht weiter auf dieses Thema und unsere teils grundsätzlichen Widersprüche zur Politik der GRF eingehen. Das haben wir in unserer Broschüre „Die Hindernisse für die prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden" viel eingehender beschrieben. Womit ich enden möchte, ist mit einigen Worten zu der von uns erstrebten Einheit der Marxisten-Leninisten. An und für sich ist es schon ein Widerspruch, von der zu erstrebenden Einheit der Marxisten-Leninisten zu sprechen. Denn Marxisten-Leninisten sind sich einig, einig auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in ihrer einen kommunistischen Vorhutpartei, und das ist in Deutschland, in beiden deutschen Staaten und in Westberlin, die KPD/ML. Unser Kampf, den wir im letzten Jahr geführt haben und den wir auch künftig führen werden, geht darum, die revolutionären Kräfte, die es noch in den diversen Zirkeln gibt, auf den Weg des Marxismus-Leninismus zu führen. Dabei haben wir keinen Unterschied zwischen Mitgliedern und Führung gemacht. Geduldig haben wir versucht, nach der Methode „Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten" sie auf die korrekten Positionen des Marxismus-Leninismus zu führen. Dabei haben wir dort, wo es angebracht war, z.B. wegen unserer zeitweise unklaren Haltung zur Bestimmung des Hauptfeindes in Westdeutschland, ehrliche Selbstkritik geübt. Wieviel Seiten Papier haben wir allein in der ideologischen Auseinandersetzung mit der GRF beschrieben?

Doch um die Methode „Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten" anwenden zu können, ist es Voraussetzung, daß der Patient überhaupt bereit ist, sich retten zu lassen und nicht eigensinnig auf seinen Fehlern beharrt oder neue erfindet. Waren denn nun angesichts der neuen Verleumdungskampagne der GRF-Führung gegen unsere Partei unsere Bemühungen des letzten Jahres umsonst? Nein. Einmal ist es uns gelungen, eine Reihe ehrlicher Revolutionäre aus der GRF und ihren Sympathisanten, die bereit waren, sich mit uns sachlich auseinanderzusetzen, auf den Weg zur Partei zu führen. Andererseits waren Zirkel und nicht nur die GRF durch unseren ideologischen Kampf gezwungen, opportunistische Positionen aufzugeben. Doch machen wir uns auch keine Illusionen über die Einheit. Wie soll mit Zirkelführern, denen es nicht einmal gelingt, sich auf eine gemeinsame Wahlplattform zur Bundestagswahl zu einigen, die unsere (der GRF, dem KBW und KABD) vorgelegte Plattform erst gar nicht diskutieren, sondern die sich schon vorher zerstritten, wie soll mit denen die Einheit in der bolschewistischen, der Vorhutpartei des Proletariats möglich sein? Sie, kleinbürgerliche Karrieristen und Individualisten, wollen überhaupt keine Einheit, es sei denn, man ordnet sich ihren opportunistischen Positionen unter. Sie in die Reihen unserer Partei aufzunehmen, hieße, in die Partei den Geist des Zerfalls und der Zersetzung von innen heraus hineinzutragen.

Heißt das, daß wir nun keine Aktionseinheit mehr mit ihnen eingehen? Das heißt es nicht. Nur lassen wir uns ihre Unverschämtheiten nicht mehr gefallen. Wir sind für Aktionseinheit, aber nicht um jeden Preis. Heißt das, daß wir in Zukunft uns nicht mehr mit ihnen ideologisch auseinandersetzen, keine Gespräche auf zentraler Ebene mehr führen? Das heißt es nicht. Wir werden ihnen den Entwurf unseres Programms mit der Bitte um Stellungnahme dazu vorlegen. Wir sind bereit, sowohl mit der GRF als auch mit dem KBW und dem KABD zu sprechen (natürlich nicht mit den Führern solcher neotrotzkistischen bzw. revisionistischen Organisationen wie dem KB-Nord). Doch Gespräche, die ausgehen wie das Hornberger Schießen, die uns keinen Schritt weiterbringen, lehnen wir ab. So wichtig sind uns die Zirkel nun auch wieder nicht.

Denn der Kampf wird entschieden zwischen uns, der KPD/ML, auf der einen und den modernen Revisionisten der D„K"P, den Trotzkisten auf der anderen Seite. Früher oder später werden die Zirkel dazwischen sich zu entscheiden haben, wohin sie gehen wollen. Diesen Prozeß können und müssen wir beschleunigen, indem wir uns immer enger mit den Massen verbinden, indem wir durch unser Beispiel in den Kämpfen der Arbeiterklasse den Werktätigen Vorbild sind, indem wir verhindern, daß die spontan zum Sozialismus strebenden Massen sich erst den Revisionisten, Trotzkisten und Zirkeln anschließen. Die politische Linie ist klar. Jetzt kommt es darauf an, die werktätigen Massen auf dieser Linie zu organisieren und in den Kampf zu führen, in den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

September im Bild

In dieser Ausgabe stellt der „Rote Morgen" zum ersten Mal eine Bildseite vor, die künftig regelmäßig einmal im Monat erscheinen wird. Auf dieser Seite berichtet der „Rote Morgen" mit Bildern aus dem Kampf der Partei. Wir bitten in diesem Zusammenhang alle Leser, zu dieser Seite beizutragen und verstärkt Fotos von den Aktionen der Partei an die Redaktion des „Roten Morgen" zu senden.



Aus Anlaß des Todes des Genossen Mao Tsetung fanden in fast allen Städten Westdeutschlands und Westberlin Trauerfeiern und Fackelzüge der KPD/ML statt. Mehrere tausend Menschen beteiligten sich an diesen Trauerfeierlichkeiten. Das Bild zeigt einen Fackelzug in Hannover, an dem auch Genosse Ernst Aust teilnahm.



Fackelzug der KPD/ML in Stuttgart.



Recklinghausen. In vielen Städten organisierte die Partei Stände und Kundgebungen, bei denen zum Wahlboykott aufgerufen wurden. Als am. 3. 9. Willy Brandt in Recklinghausen sprach, kletterten Genossen auf einen Betonpfeiler und entfalteten das Transparent: „Boykottiert den Wahlschwindel – kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!" (siehe Bild). Als die Genossen weit hörbar Sprechchöre riefen, hetzte Brandt, wenn die Genossen nicht sofort weg wären, würde er dafür sorgen. In diesem Augenblick drehten sich alle 7.000 bis 8.000 Menschen auf dem Platz nach dem Transparent um. Die Genossen riefen weiter Parolen, verschwanden aber rechtzeitig, vor einem mit Maschinenpistolen ausgerüsteten Trupp von 30 Polizisten.



Frankfurt. An einer Veranstaltung in Frankfurt zur Grundsatzerklärung der KPD/ML, auf der Genosse Ernst Aust sprach, nahmen 120 Genossen und Freunde der Partei teil. Die Frankfurter Genossen hatten zuvor auf die Veranstaltung mit einer Demonstration in dem Viertel, wo die Veranstaltung stattfand, aufmerksam gemacht.



Kiel. Gegen die Entlassung der vier Roten Betriebsräte bei HDW, gegen die im Betrieb viele Kollegen auf Versammlungen protestiert haben, organisierte die Partei in Kiel eine Protestdemonstration unter der Losung: „Sofortige Wiedereinstellung der Roten Betriebsräte!"



Kassel. Im September führte die Partei in vielen Städten eine Veranstaltungsreihe zur Herausgabe der Grundsatzerklärung der KPD/ML „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" durch. Im Rahmen dieser Kampagne wurden zwei Millionen Exemplare der Erklärung an die Haushalte der Werktätigen verteilt. Das Bild zeigt den Genossen Ernst bei seiner Rede auf einer Veranstaltung in Kassel.

Aus aller Welt

VR CHINA

Die Nachrichtenagentur Hsinhua meldet, daß China am 26. September 1976 erfolgreich einen neuen Kerntest durchgeführt hat. Dieser neue Kerntest erfolgt, während die ganze Partei, die ganze Armee und das ganze chinesische Volk mit größter Achtung ihres großen Führers, des Vorsitzenden Mao Tsetung, gedenken. Sie verwandeln ihre Trauer in Stärke, setzen die Weisungen des Vorsitzenden Mao in die Tat um und kämpfen für noch größere Siege in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau des Landes. Sie entfalten den Klassenkampf und die Kritik an Deng Hsiao-ping und kämpfen, um die Produktion und die anderen Arbeiten zu fördern und Vorbereitungen auf einen Kriegsfall zu treffen. Die Nachrichtenagentur Hsinhua betont, daß China die notwendigen und begrenzten Kernversuche einzig und allein zu dem Zweck durchführt, sich zu verteidigen, das Kernmonopol der Supermächte zu brechen und schließlich die Kernwaffen zu vernichten. Die chinesische Regierung erklärt erneut, daß sie zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen einsetzen wird. Das chinesische Volk und die chinesische Regierung werden sich nach wie vor mit den Völkern der ganzen Welt sowie allen freiheitsliebenden Ländern gemeinsam bemühen, für das große Ziel eines allseitigen Verbotes und der restlosen Vernichtung der Kernwaffen zu kämpfen.

FRANKREICH

Der französische kommunistische Arbeiter Romain Le Gal ist aus dem Gefängnis entlassen worden. Romain Le Gal war vor fünf Monaten von der französischen Bourgeoisie eingesperrt worden, weil er der verbotenen Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten angehören soll. Im Kampf für seine Freiheit organisierten die französischen Marxisten-Leninisten zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen, verteilten Flugblätter und klebten Plakate. Der Kampf für die Freiheit des Genossen Romain Le Gal fand breite Unterstützung bei den französischen Arbeitern und anderen Werktätigen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA
Vorstand der KPD/ML, Spendenkonto Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321 004 547 und KPD/ML,Spendenkonto PschKto. 6 420-467 PschA Dtmd.
Stichwort: KAMPUCHEA

ITALIEN

Über 500 000 Arbeiter der Textilindustrie, der chemischen Industrie, des Bauwesens und anderer Industriezweige haben in der letzten Zeit in der Region Genua machtvolle Streiks und Demonstrationen durchgeführt. Die Streikenden forderten höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und anderes. Zigtausende von Arbeitern führten im Zentrum der Stadt eine Demonstration durch und riefen zahlreiche Losungen, in denen sie die Bemühungen der italienischen Bourgeoisie, die Last der Krise auf ihre Schultern abzuwälzen, heftig verurteilten. Sie erklärten ihre Entschlossenheit, den Streikkampf fortzusetzen, bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind. Die Streiks und Demonstrationen gehen auch in anderen italienischen Städten weiter. So riefen vor einigen Tagen mehr als 800 000 Arbeiter des Handels einen nationalen Streik aus.

TÜRKEI

Über 350 000 Arbeiter aller Industriezweige standen in der letzten Septemberwoche im Streik. Sie kämpfen gegen die faschistische Unterdrückung durch die Regierung der „Nationalen Front" und fordern die Auflösung der faschistischen Sondergerichte. Die Regierung ließ die Polizei gegen die streikenden Arbeiter aufmarschieren. Nach Angaben der bürgerlichen Presse wurden insgesamt 5 000 Arbeiter festgenommen. Die Streikenden ließen sich aber dadurch nicht einschüchtern. Auch nach der offiziellen Beendigung des Streiks durch den Gewerkschaftsbund DISK gehen die Kampfaktionen in vielen Betrieben weiter. Dort erheben die Arbeiter zugleich zahlreiche andere Forderungen, von denen die wichtigsten die nach der Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter, der Bezahlung aller Streiktage und der Freiheit für alle politischen Gefangenen sind.

USA

Am 18. September begann in allen wichtigen Städten der USA der Streik der 12 000 Bediensteten der Luftfahrtgesellschaft TWA. Die Streikenden fordern Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und protestieren gegen die Entlassung ihrer Kollegen. Sie haben auf den größten Flugplätzen des Landes Streikposten aufgestellt und zwangen die Flugzeuggesellschaft, sämtliche In- und Auslandsflüge abzusagen, was den Kapitalisten beträchtliche Verluste verursacht hat.

SEERECHTSKONFERENZ

Auf der 5. Sitzung der 3. UNO-Konferenz über das internationale Seerecht, die vor kurzem zu Ende ging, verurteilten die Vertreter einer Reihe von Entwicklungsländern die Praktiken der beiden imperialistischen Supermächte, der USA und der Sowjetunion. Sie verurteilten die Politik der Stärke, die die beiden imperialistischen Supermächte bei der „freien Durchfahrt durch die Meerengen" betreiben. Der Vertreter der Volksrepublik China bekundete die entschlossene Unterstützung für die gerechte Haltung der Küstenstaaten, in deren Territorialgewässern sich die Meerengen befinden. Er wies die absurden Behauptungen der beiden Supermächte über die „freie Durchfahrt durch die Meerengen" zurück und hob hervor, daß sich die Supermächte mit der „freien Durchfahrt für alle Schiffe" nur die Durchfahrt ihrer Kriegsschiffe durch die Meerengen sichern wollen. „Die Behauptungen der beiden Supermächte über die ‚freie Durchfahrt durch die Meerengen' ", betonte der Vertreter der VR China, „dienen lediglich ihrer Hegemonialpolitik."

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten setzen ihre kühnen Aktionen gegen die englischen Besatzer fort. Bei einer Aktion in Dungannon eröffneten sie das Feuer auf einen englischen Militärposten. Die Patrioten belagerten den Militärposten eine Stunde lang und fügten den Besatzern großen Schaden zu. Ein Fahrzeug, das sich am Eingang des Postens befand, flog in die Luft. Eine englische Militärstreife, die in einem Armenviertel von Belfast patroullierte, wurde von den Patrioten unter Beschuß genommen und gezwungen, die Flucht zu ergreifen.



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei



Aufruf der KP Frankreichs/ML

Weg mit dem Barre-Plan!

In der letzten Woche hat der französische Premierminister Raymond Barre einen Krisenplan vorgelegt, der von der französischen Arbeiterklasse die „schwersten Opfer seit 1958" verlangt, wie selbst die bürgerliche französische Zeitung „France Soir" zugibt.

Der Plan der französischen Regierung sieht zum einen sehr beträchtliche Steuererhöhungen vor, zum andern werden damit die Lohnerhöhungen der Arbeiter auf höchstens 6,5% festgelegt. So soll die Lohnsteuer für die Steuerzahler mit niedrigen Einkommen um 4% steigen, die Autosteuer um 43 bis 127%, die Benzinsteuer um 15%, die Brandweinsteuer um 10% usw. Was den anderen Teil des Plans angeht, den sogenannten Lohn- und Preisstopp, so wurde er bereits seit einigen Wochen mit einer wahren Propagandakampagne vorbereitet.

Die „Argumente" der Kapitalisten unterscheiden sich dabei nicht von denen ihrer deutschen Kumpane. „Zuerst", so heißt es in „L' Humanite Rouge", der marxistisch-leninistischen Zeitung in Frankreich, „tischte man uns die abgedroschene Leier vom teuflischen Zyklus der Lohn-Preis-Spirale auf. Daß die Löhne zu schnell steigen, wollte man uns weismachen, sei die Ursache für die Preissteigerungen. Die Kapitalisten seien gezwungen, die Lohnsteigerungen durch Preiserhöhungen bei ihren Waren wieder hereinzuholen. Das ist eine alte Lüge. Die Arbeiter wissen ganz gut, daß die Lohnsteigerungen immer hinter den Preissteigerungen herhinken, daß sie kämpfen müssen, damit ihre Löhne von den Preisen nicht vollständig aufgefressen werden.

Weiter heißt es, die Arbeiter würden zu viel konsumieren. Dieses Problem sei sehr ernst und verursache ebenfalls die Preissteigerungen. Das soll wohl ein Witz sein! Wahrscheinlich sind es die 1,5 Millionen Arbeitslosen, die zuviel konsumieren!

In Wirklichkeit steckt nur eines dahinter: Man will uns glauben machen, daß die Arbeiter schuld seien an den Preissteigerungen, um ihnen besser die Lasten der Krise aufhalsen zu können."

Was die Behauptungen der Regierung angeht, daß nicht nur die Lohn-, sondern auch die Preiserhöhungen „gestoppt" bzw. bei höchstens 6,5% liegen würden, so schreibt „L' Humanite Rouge": „Darüber lacht schon jeder. Wurden die Preise doch in den letzten Monaten kräftig erhöht und außerdem wird sich die Regierung sicher nicht scheuen, sie bald wieder zu erhöhen unter dem Vorwand, sie seien schon lange nicht mehr gestiegen!" In Wirklichkeit wird es bei diesem französischen „Lohn- und Preisstopp" so laufen, wie bei allen ähnlichen Modellen auch: Die Preise werden weitersteigen, die Löhne werden gestoppt werden.

Hier und auch bei den Steuererhöhungen, wo den Werktätigen in die Tasche gegriffen wird, während die Kapitalisten Steuervergünstigungen erhalten werden, zeigt sich, daß dieser „Krisenplan" der französischen Regierung ein Ausplünderungsplan gegen die Werktätigen ist, ein Plan zur Sicherung der Profite der Kapitalisten. „L' Humanite Rouge" ruft deshalb die französische Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen auf, den Kampf gegen diesen Plan aufzunehmen und schreibt:

„Dieser Plan beweist, daß die werktätigen Massen — und vor allem die Arbeiterklasse — kein anderes Interesse und keinen anderen Ausweg haben, als den Kampf bis zur vollständigen Zerstörung der Grundlage ihrer Ausbeutung, des kapitalistischen Systems, zu führen. Denn dieses — egal in welcher Form es auftritt und mit welchen Masken es sich tarnt — kann sich auf nichts anderes gründen als auf Ungerechtigkeit, auf das Streben einer Handvoll Ausbeuter nach Maximalprofit gegen die überwältigende Mehrheit des Volkes."

Spanien

Generalstreik im Baskenland

Fortsetzung von Seite 1

Kampf weiter verstärken. Eine Teuerung von 30%, eine Arbeitslosenrate von 800 000 Menschen, Lohnstopp für die Arbeiter, Ruinierung der Bauern — das ist die Lage, in die die faschistische Diktatur und imperialistische Ausplünderung die spanischen Werktätigen gestürzt hat. Besonders schlimm ist die Lage auf dem Land. In Andalusien herrscht Hunger. Die wöchentliche Brotration beträgt pro Person 1/2 Kilogramm. In vielen Dörfern gibt es kein Wasser. Es wird von Spekulanten zu Wucherpreisen verkauft. In Aragonien blockierten empörte Bauern die Landstraßen und forderten den Abzug des USA-Imperialismus und den Stopp der Einfuhr für Sojaöl aus den USA, die die einheimische Produktion von Olivenöl ruiniert.

In dieser Situation kämpfen die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die von ihr geführte Revolutionäre, Antifaschistische und Patriotische Front (FRAP) darum, den machtvolle Volksbewegung auf den Weg des Kampfes für den revolutionären Sturz der faschistischen Diktatur und der Zerschlagung der Oberherrschaft des Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze zu führen, auf den Weg des Kampfes für die Errichtung der Volksrepublik, in der das Volk die Macht in den Händen hält. Bereits heute hat die Losung des Kampfes für die Republik die Massen ergriffen. Angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen, die heute noch unter den Volksmassen über den Inhalt und den Charakter einer zukünftigen spanischen Republik bestehen, betont „Vanguardia Obrera", das Zentralorgan der KPSp/ML: *„Sie ist die wirkliche Alternative, da sie den Interessen breitester Schichten des Volkes entspricht. Für die FRAP und die fortgeschrittensten Kräfte bedeutet sie: Föderative Volksrepublik! Dafür werden wir ohne Ruhe und Pause kämpfen. Diese Republik wird das Volk mit der Waffe in der Hand erkämpfen und sich durch nichts aufhalten lassen, denn nur so können die ausgebeuteten und unterdrückten Völker Spaniens die Freiheit und die wahre Gerechtigkeit und Demokratie erobern."*

Libanon

Syrische Offensive gegen die PLO

In den Bergen des Zentrallibanon, 30 km nordöstlich von Beirut, haben Einheiten der syrischen Armee, unterstützt von Truppen der libanesischen Reaktion, eine neue Generaloffensive gegen das palästinensische Volk begonnen. Nach dem Massenmord im Lager Tell El-Sataar soll mit dieser Offensive der Feldzug zur vollständigen Ausrottung des palästinensischen Volkes im Libanon zu Ende geführt werden.

So erklärte einer der Führer der libanesischen Reaktion bereits offen, es sei jetzt an der Zeit, den Libanon vollständig von den Palästinensern zu „befreien".

Angesichts dieser Situation hat der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, in einem dringenden Appell die Staatsoberhäupter der arabischen Staaten aufgerufen, alles zu tun, um die syrische Offensive zu stoppen. Er erklärte, diese Offensive habe kein anderes Ziel, als die „palästinensische Revolution und das palästinensische und libanesische Volk niederzuschlagen."

Wenige Tage vor dem Beginn der syrischen Offensive im Libanon hatte in Damaskus eine Gruppe von Palästinensern versucht, ein Hotel zu stürmen, die Gäste als Geiseln zu nehmen und die syrische Regierung zu zwingen, den Völkermord im Libanon einzustellen. Die Erstürmung des Hotels in Damaskus hat der palästinensischen Revolution nichts genützt und ist daher auch von der PLO verurteilt worden.

Die syrische Regierung benutzte die Aktion der Palästinenser, um in einem brutalen Terrorakt ihre Feindschaft gegenüber der palästinensischen Revolution zu demonstrieren und ihre militärische Offensive durch einen Propagandafeldzug gegen das palästinensische Volk vorzubereiten. Sie ließ die Palästinenser öffentlich mitten in Damaskus hängen. Erst sechs Stunden später wurden die Leichen der Palästinenser vom Galgen abgenommen. Es ist kein Zufall, daß die Imperialisten und die israelischen Zionisten der syrischen Regierung dabei begeistert Beifall geklatscht haben. Die Lösung der palästinensischen Frage bedeutet für sie die Niederschlagung der palästinensischen Revolution und die Ausrottung des palästinensischen Volkes. Der Völkermord im Libanon ist die Fortsetzung des Ausrottungsfeldzuges, den die israelischen Zionisten seit Jahrzehnten gegen das palästinensische Volk führen. Die Anstifter und Hintermänner dieses Ausrottungsfeldzuges sind die beiden imperialistischen Supermächte, der amerikanische Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, die im Nahen Osten um die Vorherrschaft kämpfen — einig allein in ihrer Feindschaft gegenüber der palästinensischen Revolution.

Das palästinensische Volk macht jetzt eine schwere Zeit durch. Aber es ist ein kämpferisches Volk, das die Freiheit liebt. Der Ausrottungsfeldzug, den die beiden imperialistischen Supermächte, die israelischen Zionisten, die libanesische und arabische Reaktion jetzt gegen das palästinensische Volk führen, wird seine Entschlossenheit zum Kampf und zur Befreiung seiner Heimat nicht brechen können. Im Vertrauen auf die eigene Kraft und mit der Unterstützung der revolutionären Völker der ganzen Welt wird es letzten Endes über alle seine Feinde triumphieren.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

In den Wäldern des Amazonas

Kampf der Partisanen gegen die faschistische Diktatur

In einigen bürgerlichen Zeitungen sind in letzter Zeit mehrmals kurze Meldungen über Kämpfe der Bauern und Landarbeiter gegen die Großgrundbesitzer im Nordosten Brasiliens erschienen. Tatsächlich führen hier, in den Dschungeln des Amazonas, die Bauern und Patrioten seit mehr als vier Jahren mit der Unterstützung der ganzen Bevölkerung den bewaffneten, revolutionären Partisanenkampf gegen ihre Unterdrücker: die ausländischen Imperialisten mit den amerikanischen an der Spitze und die einheimischen Großgrundbesitzer. Sie kämpfen gegen das Regime der faschistischen Diktatur für ihre Freiheit und Unabhängigkeit. An der Spitze dieses Kampfes steht die Kommunistische Partei Brasiliens.

Seit zwölf Jahren herrscht in Brasilien eine faschistische Generalsjunta über das Volk. Die breiten Volksmassen werden barbarisch unterdrückt und ausgeplündert. Die Industrie, die Bodenschätze und der überwiegende Teil des Grund und Bodens konzentriert sich in den Händen der amerikanischen, westdeutschen und anderen Imperialisten, der mit diesen verbundenen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Vor allem die Landbevölkerung, der größte Teil des brasilianischen Volkes, lebt in unbeschreiblicher Not, in unbeschreiblichem Elend. Dies trifft besonders auf die Staaten im Nordosten Brasiliens zu, die von den Dschungeln des Amazonas und seines Einzugsgebietes bedeckt sind, und in denen riesige Bodenschätze lagern. Es ist daher kein Zufall, daß gerade hier die Flammen des bewaffneten Kampfes gegen das faschistische Regime entzündet worden sind.

Unbeschreibliche Armut und Unterdrückung

Recife ist die Hauptstadt des brasilianischen Nordostens. Hier leben Tausende von ehemaligen Bauern und Landarbeitern, die entweder von ihrem Grund und Boden vertrieben worden sind, oder auf den Plantagen der Großgrundbesitzer keine Arbeit finden. Sie sind gezwungen, in elenden Pfahlbauten über dem Schlamm der Flüsse zu hausen, weil nur dort der Boden keinem gehört und nichts kostet. Ihre hauptsächliche Nahrung sind die Krebse aus dem Schlamm der Flüsse, die von dem Kot leben, der auf sie herunterfällt. Die Menschen essen diese Krebse, die wieder Kot werden, wieder herunterfallen und wieder Krebse füttern.

Massen von landlosen Bauern aus allen Teilen Brasiliens kommen jedes Jahr in die nordöstlichen Provinzen des Landes. Sie suchen einen Platz zum Leben und Arbeiten und hoffen, ihn in den noch unerschlossenen Wäldern des Amazonas zu finden. Sie lassen sich auf brachliegendem Urwaldgelände nieder, das von der Regierung zur Rodung freigegeben worden ist, nachdem die dort lebenden Indianerstämme von Polizei und Armee gewaltsam vertrieben, ausgerottet oder in die Degeneration getrieben worden sind. Die Bauern arbeiten hart, sie schuften von früh bis spät. Ihre einzigen Arbeitsinstrumente sind oft nur die Machete, die Axt und der Holzpflug. Aber wenn sie das Land urbar gemacht haben, müssen sie erfahren, daß es schon lange vorher an irgendeinen einheimischen Großgrundbesitzer oder ausländischen Kapitalisten verkauft war. Die Polizei und Armee rücken an, oft auch die Privatarmeen der Großgrundbesitzer, und sie werden gewaltsam vertrieben. Unter den Großgrundbesitzern dieser Gegend befindet sich z.B. Nelson Rockefeller mit einem Grundbesitz von 57 000 ha. Darunter sind aber auch der Fürst von Thurn und Taxis mit einem Grundbesitz von 57 000 ha und der VW-Konzern aus der Bundesrepublik. Sie kaufen das Land, um die riesigen Bodenschätze an Uran, Nickel und anderen wertvollen Metallen, die hier lagern, auszuplündern.

Die von ihrem Land vertriebenen Bauern werden gezwungen, in die Städte zu gehen oder auf dem Land unter den unmenschlichsten Bedingungen für die Großgrundbesitzer zu arbeiten. Fast die gesamte Bevölkerung hungert und ist unterernährt. Malaria, Wurmkrankheiten, Syphilis und andere Geschlechtskrankheiten geißeln die Werktätigen. So haben selbst nach einer offiziellen Statistik von den 3,5 Mio. Kindern, die in jedem Jahr in Brasilien geboren werden, 75% keine Chance auf ein gesundes Überleben.

Auf dem Land herrscht das Gesetz des Terrors der Großgrundbesitzer und ausländischen Kapitalisten. Die Bauern und Landarbeiter sind aller Rechte beraubt. So ließ z.B. ein Großgrundbesitzer einen Bauern, der angeblich einige Nahrungsmittel gestohlen hatte, ausziehen, mit Honig bestreichen und auf einem Ameisenhaufen festbinden. Beispiele dieser Art gibt es hunderte. Immer wieder haben sich die Bauern und Landarbeiter im Nordosten Brasiliens angesichts der Ausbeutung und Unterdrückung, die auf ihnen lasten, zum Kampf erhoben und zum Gewehr oder zur Machete gegriffen, um sich zu befreien. **Aber erst mit Beginn des Partisanenkampfes von Araguaia im Süden des Staates von Para wurde aus vereinzelten Revolten ein langandauernder, gut organisierter und von hohem politischen Bewußtsein getragener Partisanenkampf.**

„Für die Freiheit und Rechte des Volkes! Gegen die Tyrannei und die Ausbeuter des Landes!"

Der bewaffnete Kampf in Araguaia begann im April 1972. Damals besetzte eine Einheit der Armee einen Bauernhof am Araguaiafluß, um die Bewohner zu vertreiben. Kurze Zeit darauf organisierten die faschistischen Truppen einen Überfall auf die Landarbeiter, die gerade auf einer Plantage arbeiteten. Sie mähten einige von ihnen mit Maschinengewehren nieder, stürmten ihre Häuser und nahmen ihnen alles, was sie besaßen, weg. Angesichts dieses faschistischen Terroraktes zog sich eine kleine Gruppe von Männern und Frauen in den Dschungel zurück und organisierte den Partisanenkampf. Die Kämpfer von Araguaia erhielten sofort die Unterstützung der Kommunistischen Partei Brasiliens. Seit 1962, als die revisionistischen Verräter, die die Partei auf den Weg des friedlichen Übergangs ziehen wollten, aus ihren Reihen ausgestoßen wurden und sich die Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage neu zusammenschloß, hat sie die brasilianischen Volksmassen dazu erzogen, daß nur die gewaltsame Revolution, der langdauernde revolutionäre Volkskrieg die Befreiung von imperialistischer Unterjochung und der Ausbeutung und Unterdrückung durch die einheimischen herrschenden Klassen bringen kann. In der Broschüre „50 Jahre KP Brasiliens", die vom ZK der KP Brasiliens herausgegeben wurde, heißt es: **„Nach ihrer Reorganisierung entschied die Partei, ihre Hauptarbeit in das Innere des Landes zu verlegen ... Diese Einstellung wurde vom 6. Parteitag (1964 – RM) bestätigt, auf dem das Innere des Landes als Hauptszene des bewaffneten Kampfes bestimmt wurde."**

Deshalb hat die Partei den Kampf der Partisanen von Araguaia mit allen Kräften unterstützt, ihn im ganzen Land bekannt gemacht und die brasilianischen Volksmassen aufgerufen, sich den Kampf der Partisanen von Araguaia zum Vorbild zu nehmen und überall da, wo es möglich ist, ebenfalls zu den Waffen zu greifen und Partisanenfreischaren zu organisieren.

Die Befreiungskämpfer von Araguaia hatten von Anfang an auch die Unterstützung und die Hilfe der Bevölkerung. Viele Bauern und Landarbeiter schlossen sich ihren Reihen an. Auch zahlreiche Jugendliche aus den Städten und einige Intellektuelle kamen nach Araguaia und kämpfen seither mit der Waffe in der Hand für die Befreiung des brasilianischen Volkes. Nach dem Vorbild der Kämpfer von Araguaia entstanden weitere Partisanenfreischaren in der näheren und weiteren Umgebung, so daß die Partisanenkämpfer heute in einem Gebiet operieren, das 1 000 km lang und 600 km breit ist.

Mit ihrem militärischen Kampf verbinden die Partisanen die politische Aufklärung und Organisierung der Bevölkerung. So konnte die „Einheitsfront für die Befreiung und die Rechte des Volkes" gegründet werden, in der sich die arme Bevölkerung der Staaten Para, Maranhao, Goias und Mato Grosso zusammenschloß. Trotz zahlreicher militärischer Operationen der faschistischen Diktatur, an der Zehntausende von Soldaten teilnahmen, trotz unglaublicher Greuel gegenüber der Bevölkerung einschließlich des Einsatzes von Napalmbomben, konnte der bewaffnete Kampf nicht unterdrückt werden. Er hat sich im Gegenteil immer mehr ausgeweitet.

Geführt von seiner revolutionären Partei, der KP Brasiliens, ausgerüstet mit einer Armee, die unter der Führung der Partei steht, zusammengeschlossen in einer Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Gruppen, wird das brasilianische Volk das Joch der imperialistischen Unterdrückung, der Ausplünderung des Volkes durch eine kleine Schicht von ausländischen und einheimischen Großkapitalisten und Großgrundbesitzern zerschlagen und ein neues, freies und unabhängiges Brasilien errichten, in dem das Volk die Macht in den Händen hält.

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, UNI-VOS!

A CLASSE OPERÁRIA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA DO BRASIL

Nº 106 MAIO 1976 ANO XI

Azania, Namibia, Simbabwe

"Der Kampf geht weiter!"

Der Plan des amerikanischen Außenministers Kissinger, den Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe abzuwürgen und einzudämmen, ist auf den entschiedenen Widerstand der simbabwischen Patrioten gestoßen.



Auf den Straßen von Soweto werden fast täglich machtvolle Demonstrationen abgehalten.

Kissingers Plan sah die Bildung einer Übergangsregierung, zusammengesetzt aus den weißen Rassisten und afrikanischen Führern (unter Ausschluß der „Terroristen", wie die Imperialisten die Befreiungskämpfer nennen) vor. Die Armee und die anderen bewaffneten Kräfte des rassistischen Regimes sollten ebenso bestehen bleiben wie die anderen rassistischen Organe der Unterdrükkung des Volkes. Kissinger und sein Lakai Smith verlangten dafür die sofortige Einstellung des bewaffneten Kampfes und die Aufhebung des internationalen Boykotts gegen das rhodesische rassistische Regime. Dieser Plan ist nichts anderes als eine Falle für das Volk von Simbabwe. Aber das Volk und die Befreiungskämpfer haben sich nicht in diese Falle locken lassen. So erklärte ein Sprecher der Befreiungskämpfer: **„Der Kampf geht weiter ... Es spielt keine Rolle, ob eine schwarze Marionettenregierung gebildet wird oder nicht."**

Die simbabwischen Patrioten haben ihre Angriffe gegen die rassistischen Truppen verstärkt. Bei einem Angriff auf ein feindliches Lager töteten sie fünf rassistische Soldaten und verwundeten Dutzende weitere. Das ist die Antwort der Patrioten auf die Komplotte Kissingers und Smiths. Auch das Volk von Azania verstärkt seinen Kampf. Neben den Massendemonstrationen in den Städten haben auch die Aktionen der Partisanen einen breiten Umfang angenommen. So gelang es ihnen am 20. September, die größte Dynamitfabrik des rassistischen südafrikanischen Regimes in die Luft zu sprengen und durch ihre Operationen über 20 feindliche Soldaten zu töten.

Das rassistische Regime, dessen Polizeiminister erst unlängst ankündigte, bisher sei die Polizei noch „sanft" gegen das Volk vorgegangen, nun aber werde man die Armee einsetzen, kann nicht anders als durch den bewaffneten Kampf des Volkes gestürzt werden. Das ist der einzige Weg zur Befreiung der Völker von Azania, Namibia und Simbabwe.

Freiheit für Mario Echenique

Seit einem Jahr werden Mario Echenique, der Politische Sekretär der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays, und seine beiden Brüder Eden und Antonio von der argentinischen Geheimpolizei gefangengehalten. Die faschistische Diktatur in Uruguay hatte Mario Echenique gezwungen, nach Argentinien zu emigrieren. Seine Einkerkerung ist das Resultat der engen Zusammenarbeit zwischen der faschistischen Diktatur in Uruguay und der argentinischen Reaktion. Heute, nachdem in Argentinien eine faschistische Militärjunta, die dem amerikanischen Imperialismus hörig ist, die Macht ergriffen hat, ist das Leben von Mario Echenique in unmittelbarer Gefahr. Die faschistische Militärjunta, die nach dem Putsch bereits zahlreiche Revolutionäre ermordet hat, wird auch vor einem Mord an Mario Echenique nicht zurückschrecken. Auch seine Auslieferung an das faschistische Regime in Uruguay würde seinen sicheren Tod bedeuten.

Freiheit für Mario Echenique und seine Brüder!

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)
21.00-22.00	ebenso

31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Aktionen der KPD/ML zur Wahl

Den verlogenen Parolen der bürgerlichen Parteien, einschließlich der modernen Revisionisten der D„K"P, hat unsere Partei im Wahlkampf die Parole: „Boykottiert die Wahl!" entgegengesetzt. Im Mittelpunkt unserer Wahlagitation und -propaganda stand die Enthüllung des parlamentarischen Betruges und die weite Verbreitung der Ziele unserer Partei: Revolutionärer Sturz der Bourgeoisie im Westen und der neuen Bourgeoisie im Osten, Verjagung der beiden Supermächte aus ganz Deutschland – für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.



Tausende von diesen Wurfzetteln wurden während der SPD-Veranstaltung in Dortmund von den Rängen geworfen.

In den Wochen vor der Wahl haben die Genossen unserer Partei und der ROTEN GARDE, unterstützt von zahlreichen Sympathisanten, zwei Millionen Exemplare der Grundsatzerklärung der KPD/ML verteilt und gesteckt. Um die Ziele der Partei näher zu erläutern, wurden in zahlreichen Orten Veranstaltungen durchgeführt. Genosse Ernst Aust sprach in Essen, Hamburg, Hannover, Stuttgart, München, Ludwigshafen, Kassel, Saarbrücken, Westberlin und auf einer Bauernveranstaltung in Nordermoor. Darüberhinaus wurden Veranstaltungen in über 25 weiteren Städten abgehalten. Auf viele dieser Veranstaltungen waren zahlreiche neue Freunde und interessierte Werktätige gekommen, um mit den Genossen der Partei über die Grundsatzerklärung zu diskutieren. Zugleich mit der Grundsatzerklärung wurden 1,5 Millionen Exemplare des zentralen Flugblattes verteilt, in dem die Partei zum Wahlboykott aufrief.

Vor den Betrieben, in den Arbeitervierteln und den Innenstädten propagierten die Genossen das Programm unserer Partei, Wandzeitungen wurden geklebt, Stände aufgestellt und Lautsprecherwagen eingesetzt.

Während des Wahlkampfes zeigten die modernen Revisionisten der D„K"P ihren Haß gegen unsere Partei, den Marxismus-Leninismus und die sozialistische Revolution. In Dortmund hatten sie in sozialfaschistischer Manier Schlägertrupps organisiert, die, mit Walkie-Talkies ausgerüstet, in den Straßen um den Borsigplatz patroullierten. Da, wo Genossen unserer Partei auf Festen oder Veranstaltungen der D„K"P aufgetreten waren, wurden sie von Schlägertrupps der D„K"P überfallen. In Hamburg-Langhorn allerdings ist ihnen das gründlich mißlungen. Dort hatten sich zu einer Wahlveranstaltung mit dem Revisionistenhäuptling Peter Schütt neben 20 Anhängern der D„K"P auch ca. 20 Genossen der ROTEN GARDE und des KBW eingefunden. Von den Genossen in die Enge getrieben und unfähig zu einer Anwort auf ihre Argumente nahm Schütt seine Zuflucht zu Provokationen gegen den KBW und betzte schließlich seine Schlägertrupps auf die Genossen. Nachdem allerdings einige Genossen herzhaft zugelangt hatten, war die Veranstaltung beendet. Als Schütt die Polizei zu Hilfe holte, war die Revisionistenveranstaltung nicht mehr zu retten.

Am 1. Oktober hatte die SPD im Dortmunder Westfalenstadion zu einer Großkundgebung mit Willy Brandt und Helmut Schmidt aufgerufen. Kurz vor dem Auftritt Willy Brandts flatterten plötzlich von den oberen Rängen einer Seitentribüne Tausende von Flugzetteln mit dem Aufruf zum Wahlboykott unter die Besucher. Diese Aktion kam so überraschend, daß es weder den Dutzenden von SPD-Ordnern, Zivilpolizisten noch der in großer Zahl angerückten Bereitschaftspolizei gelang einzugreifen. Kaum hatte Willy Brandt zu seiner Rede angesetzt, tönte ihm ein lautstarkes Pfeifkonzert aus Trillerpfeifen entgegen. Sofort strömten die SPD-Ordner und Zivilspitzel der Polizei zusammen. Brutal schlugen sie auf die Genossen ein und stießen sie die Treppenstufen des Stadions hinunter. Sie scheuten sogar nicht davor zurück, eine Genossin durch einen Schlag mit einer Bierdose auf den Kopf so zu verletzen, daß sie ins Krankenhaus transportiert werden mußte. Einzelne Genossen wurden von den Zivilpolizisten sogar noch bis weit außerhalb des Stadions verfolgt und durchsucht.

Schon jetzt kann man sagen, daß die weite Verbreitung der Grundsatzerklärung der Partei, des Aufrufs zum Wahlboykott, die neuen Kontakte und Freunde, die dabei gewonnen werden konnten, den Wahlkampf für uns zu einem Erfolg gemacht haben.

Erneute Giftgaskatastrophe in Italien

Giftgaswolken - ein italienisches Problem?

Am Donnerstag letzter Woche stand es groß in der Zeitung: „Giftwolke in Italien löst Katastrophe aus." Schon im Juli war aus einem chemischen Werk in Seveso Giftgas (TCDD) ausgetreten. 800 Einwohner mußten ihren Heimatort verlassen, mehr als ein Dutzend Frauen haben mittlerweise Abtreibungen vornehmen lassen, da die Gefahr besteht, daß sie sonst mißgebildete Kinder zur Welt bringen.

Was die mindestens 10 Tonnen Chemikalien (darunter 1,5 Tonnen Arsenpentoxid) in Manfredonia in Apulien anrichten werden, ist noch gar nicht abzusehen. Extrem gefährlich ist hier das Arsenpentoxid, welches an der Luft in Arsentrioxid zerfällt. Dieses rieselt dann als weißes, feines Pulver herab. Bei Berührung mit der Haut entstehen Ätzwunden und Gewebeschädigungen. Das Pulver, das unter Chemikern den bezeichnenden Namen „Giftpulver" besitzt, kann schon bei einer Magendosis von nur 0,1 g tödlich (!) sein. Schon haben 20 Arbeiter der Fabrik Vergiftungen erlitten, die sich in Übelkeit, Erbrechen und Durchfall äußerten. Das Arsenik kann darüberhinaus Leberfunktionsschäden, Knochenmarkschädigungen und Lungenkrebs hervorrufen. Im betroffenen Gebiet sind bereits Kleintiere gestorben, Kühe geben keine Milch mehr, Landwirtschaft kann nicht mehr betrieben werden.

In den Zeitungen war noch mehr zu lesen: Ein Sprecher des Verbandes der chemischen Industrie erklärte, ein solcher Zwischenfall sei in der Bundesrepublik ausgeschlossen. Ihm sei auch kein derartiger Fall aus der Vergangenheit in Deutschland bekannt. Dieser elende Lügner und Heuchler!

- Am 27.10.72 flog in Hamburg-Billbrook eine Schwefelmühle in die Luft
- Am 4.8.75 trat durch einen geplatzten Kesselwagenschlauch eine Chlorgaswolke über Mannheim aus
- Am 24.7.75 geriet in Hamburg-Rothenburgsort ein Eisenbahnwaggon mit 20 Tonnen Kalciumhypochlorid in Brand
- Im März 72 brannten in Ingolstadt sechs Waggons mit Superbenzin aus (drei Tote)
- Am 6.2.70 fing in Ludwigshafen ein Tanker mit Acrylnitrit Feuer und ein weiterer Tanker mit Benzol flog in die Luft (sechs Tote)
- Vergessen ist auch nicht die Explosion auf dem Werksgelände der BASF 1921, wo 561 Arbeiter ihr Leben ließen.

Bekannt geworden sind auch das Viehsterben in Nordenham, verursacht durch eine nahegelegene Bleihütte sowie das Viehsterben bei Stolberg in der Nähe von Aachen ebenfalls durch ausgetretenes Blei und Cadmium einer chemischen Fabrik verursacht.

Gerade in letzter Zeit – Wahlen vor der Tür – rühmten sich die Herren vom Innenministerium ihrer Taten in Sachen Umweltschutz. Das sieht dann so aus: Zuerst wird die Bevölkerung durch Schwermetalle vergiftet – dann werden die „Bleikinder von Stolberg" regelmäßig aufs Land verschickt. Das Innenministerium von NRW empfahl der Bevölkerung von Stolberg, die „Kartoffeln gut zu schälen" und den „Salat gründlich zu waschen". Und die Stadtverwaltung von Nordenham empfahl den Bewohnern vor kurzem, in diesem Jahr die eingekochten Gartenfrüchte „mit gebotener Vorsicht" zu verwenden. Die Chemiekonzerne hingegen dürfen lustig weiter die Umwelt vernichten.

„Es gibt keinen Schutz gegen Chemiegifte", behauptet der UN-Direktor Hans P. Mollenhauer in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau". Doch, den gibt es. In China und Albanien, wo unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats nicht die Gewinnsteigerung von Kapitalisten, sondern das Streben nach einer sauberen Umwelt bestimmend sind.

Polizeiaufgebot gegen Duisburger Arbeitersiedlung





Die Duisburger Bergmannssiedlung der ehemaligen Zeche „Rheinpreußen" gehört zu den ältesten im Ruhrgebiet. Ihre Bewohner wie auch die Bewohner anderer alter Arbeitersiedlungen in Nordrhein-Westfalen kämpfen seit geraumer Zeit gegen den Abbruch ihrer Siedlungen, in denen sie teilweise bereits seit Generationen leben. Jahrelang wurden diese Werktätigen in Duisburg, Dortmund und anderswo hingehalten, mit immer neuen Versprechungen vertröstet. Jetzt gab die Landesregierung von NRW bekannt, daß alle diese Siedlungen – bis auf drei – abgerissen werden sollen.

Bild: Unter dem Schutz eines Riesenpolizeiaufgebots wird das erste Haus der Siedlung in Duisburg-Homberg abgerissen. Noch stehen die anderen. Aber es ist nur eine Frage der Zeit, wann auch die anderen Häuser den geplanten Hochhäusern und Bungalows weichen sollen.

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.
LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.
51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.
48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.
28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.
41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.
44 Münster, Buchladen „„Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.